

I 6828.

CARL REESE
BUCHBINDEP.
KIEL KLINKE &

Der

Antrag Kanitz

auf

Verstaatlichung der Getreideeinfuhr.

Ein Beitrag zur Klärung dieser Frage

von

G. A. Behnker,

Landgerichtsdirektor.



Heidelberg.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.

1895.

Preis 60 Pf., 100 Gr. für 35 M.

Der
Antrag Kautz

auf
Verstaatlichung der Getreideeinfuhr.

Ein Beitrag zur Klärung dieser Frage

von

D. A. Behnker,

Landgerichtsbirektor.



Heidelberg.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.

1895.

4

Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.



7. II. 1819.

V o r w o r t.

So viel auch über die Frage der Verstaatlichung der Getreideeinfuhr im Wege des Kanitz'schen Antrages schon gesprochen und in den Zeitungen geschrieben worden ist, so wenig sind doch die Anschauungen darüber in weiteren Kreisen zur Klarheit durchgearbeitet. Es muß daher als nützlich erscheinen, die Frage besser, als bisher gesehen, aufzuhellen. Ein Beitrag dazu sollen die folgenden Zeilen sein, die ich hiermit der Öffentlichkeit übergebe.

Mosbach (Baden), im Februar 1895.

Der Verfasser.

1841/1842

Erweitert auch über die Frage der Beschäftigung der Arbeiter
wird in dem vorliegenden Entwurf schon angedeutet und
in den folgenden Abschnitten noch weiter zu sehen sein.
Wohlmeinungen darüber in weiteren Kreisen zur Kenntniss
gebracht. Es muss aber als möglich angesehen die Frage
als nicht selbstständig angesehen. Ein Vortrag dazu sollen die
relativen Zahlen der Bevölkerung der Bevölkerung zeigen.

Druck: Berlin im Jahre 1842.

Der Verfasser.

1.

Es ist eine Thatsache, die von Niemanden mehr bestritten wird, daß sich unsere Landwirtschaft gegenwärtig in einer sehr bedrängten Lage befindet, in einer Nothlage, die viele Landwirte bereits an den Rand des Verderbens gebracht hat und die notwendig den wirtschaftlichen Ruin zahlreicher landwirtschaftlicher Existenzen herbeiführen muß, falls die dermaligen Zustände auch nur eine kurze Reihe von Jahren noch andauern.

Der Grund der Nothlage liegt, abgesehen von der weitgehenden Verschuldung des Grundbesizes, in der Unrentabilität der heutigen Landwirtschaft. Auf der einen Seite sind in den letzten Jahrzehnten die Produktionskosten infolge der Vermehrung von Steuern, Umlagen und sonstigen Lasten und infolge der Verteuern der Arbeitskräfte und aller sonstigen Produktionsfaktoren fortwährend gestiegen. Auf der andern Seite aber sind die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere für das Getreide, durch eine von Jahr zu Jahr sich vermehrende Einfuhr aus fremden, unter wesentlich günstigeren Bedingungen produzierenden Ländern mehr und mehr herabgedrückt worden und stehen heute auf einem Stande, der thatsächlich die Kosten der Produktion nicht mehr deckt. Daß das auf die Dauer nicht gut thun kann, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Man ist auch darüber auf allen Seiten einig, daß es mit der Landwirtschaft besser werden muß, und daß man sie nicht einfach zu Grunde gehen lassen kann. Denn von der Landwirtschaft ernährt sich in Deutschland ungefähr die Hälfte der gesamten Bevölkerung, und diese Bevölkerung bildet den gesündesten, festesten und zuverlässigsten Bestandteil des Volkes. Es ist eine staatliche Unmöglichkeit, die Nothlage eines so großen und so wichtigen Theiles des Volkes unbeachtet zu lassen, um so mehr, als für diese großen Massen des Volkes keine Gelegenheit besteht, sich anderweitig eine Existenz zu schaffen. Uebrigens aber ist die Landwirtschaft auch ein so notwendiger Produktionszweig, daß es von den schlimmsten Folgen für das allgemeine Wohl sein müßte, wenn es dahin käme, daß unsere Landwirtschaft zu Grunde ginge.

So einig man aber darüber ist, daß es mit der Landwirtschaft besser werden müsse, so weit gehen die Meinungen darüber

auseinander, wie die Besserung zu bewirken ist. Die vollendeten Manchesterländer verweisen den Landwirt lediglich auf den Weg der Selbsthilfe. Sie gleichen dem Arzte, der dem gelähmt daliegenden Kranken den Rat giebt, sich durch fleißiges Spazierengehen gesund zu machen. Andere anerkennen, daß die Mittel der Selbsthilfe nicht ausreichen, vielmehr auch der Staat fördernd eingreifen müsse; aber darüber, wie dies zu geschehen habe, sind auch sie untereinander wieder verschiedener Meinung. Die einen glauben, daß man mit sog. kleinen Mitteln, wie z. B. Förderung des Absatzes durch den Bau von Kleinbahnen, geeignete Staffeltarife, Ankauf des Bedarfs des Heeres an landwirtschaftlichen Erzeugnissen unmittelbar bei den inländischen Produzenten u. s. w. auskommen könne. Andere dagegen erachten eine kräftigere und durchgreifendere Hilfe des Staates für notwendig; sie sind der Meinung, daß man nur mit einem großen Mittel genügend Hilfe bringen könne.

2.

Unter den Mitteln der letzteren Art steht gegenwärtig im Vordergrund der Diskussion die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr zum Zweck einer Hebung der inländischen Getreidepreise. Diese Frage, die theoretisch schon früher erörtert wurde, ist bekanntlich neuerlich Gegenstand der politischen Debatte geworden durch den von dem konservativen Grafen Kanitz und Genossen im vorigen Reichstag eingebrachten Antrag auf Erlassung eines Gesetzes, wonach die Einfuhr ausländischen Getreides zu Gunsten des Reiches verstaatlicht und das Reich angewiesen werden sollte, das eingeführte Getreide nur um einen bestimmten, den Stand der gegenwärtigen Getreidepreise übersteigenden Preis weiter zu verkaufen. Die Formulierung des Kanitz'schen Antrags ging im vorigen Jahre dahin:

„1) Der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides mit Einschluß der Mühlenfabrikate erfolgt ausschließlich für Rechnung des Reichs.

2) Die Verkaufspreise werden im Mindestbetrage wie folgt festgesetzt:

Weizen . . .	215 M. p. Tonne	Hülsenfrüchte	185 M. p. Tonne
Roggen . . .	165 " " "	Lupinen . . .	80 " " "
Gerste . . .	155 " " "	Malz . . .	174 " " "
Hafer . . .	155 " " "	Mais . . .	155 " " "

Mehl und Mühlenfabrikate entsprechend den für das Getreide festgesetzten Mindestpreisen und nach dem gesetzlich fixierten Ausbeuteverhältnis.“

Im vorigen Reichstag ist dieser Antrag nur unterstützt worden von seiten der konservativen Partei. Von seiten der Reichsregierung wurde der Antrag kühl abgelehnt, und aus der Mitte der

sonstigen Parteien erhob sich keine einzige Stimme zu Gunsten des Antrags. Damals stand die Reichsregierung noch unter der Führung des Grafen von Caprivi, des Mannes ohne Nr und Halm, dem seine besten Freunde nicht nachsagen können, daß er den Interessen der Landwirtschaft ein wohlwollendes Verständnis entgegengebracht habe.

Die konservative Partei hat sich jedoch durch diesen ersten Mißerfolg nicht abschrecken lassen. Sie hat in der Zwischenzeit den Gedanken des Antrags weiter erwogen und beraten und Stimmung für denselben zu machen gesucht. Es ist auch kein Zweifel, daß das Interesse für den Antrag unterdessen gewachsen und die Sympathien für denselben größer geworden sind.

Nachdem der für die Wünsche der Landwirtschaft wenig empfängliche Reichskanzler von Caprivi abgegangen und an seine Stelle Fürst Hohenlohe als Reichskanzler und an Stelle des früheren preußischen Landwirtschaftsministers von Heyden der agrarverständige Freiherr von Hammerstein-Docten getreten ist, ist die Stimmung in den Kreisen der Reichsregierung und der Regierung von Preußen für die landwirtschaftlichen Bestrebungen besser geworden. Darüber lassen verschiedene Äußerungen des Kaisers in den letzten Monaten, der Inhalt der Thronrede bei Eröffnung des gegenwärtig tagenden Reichstages, die Reden des Reichskanzlers Hohenlohe und des Staatssekretärs des Reichsschatzamts von Posadowsky im Reichstag und die Antrittsrede des Herrn von Hammerstein in dem gegenwärtigen preußischen Landtage keinen Zweifel. Als bedeutsamer Beweis dafür ist hier auch die Thatsache zu erwähnen, daß Graf Kanitz, welcher im vorigen Jahre anlässlich der Anwesenheit des Kaisers in den östlichen Provinzen in auffallender Weise bei den Einladungen zur kaiserlichen Tafel übergangen wurde, nunmehr vor kurzem zum Mitglied des preußischen Staatsrates ernannt worden ist, dem die Aufgabe zufällt, die Mittel zur Hebung der Notlage der Landwirtschaft zu beraten. Es ist außer Frage, daß man in den maßgebenden Kreisen der Regierung die Notlage der Landwirtschaft jetzt voll anerkennt und den guten Willen hat, ihr abzuhelpen. Der preußische Landwirtschaftsminister hat in der erwähnten Antrittsrede im preußischen Abgeordnetenhaus auch seine Meinung speziell bezüglich des Kanitz'schen Antrags dahin ausgesprochen, daß er denselben insoweit, als es sich dabei um Einführung eines Staatsmonopols handle, für wohl vereinbar halte mit den bestehenden Handelsverträgen Deutschlands, und daß er Bedenken nur in der Richtung habe, ob der Antrag nicht insofern mit den Verträgen in Widerspruch stehe, als er eine künstliche Steigerung der inländischen Getreidepreise bezwecke. Auf alle Fälle aber hat der Minister dem Antrag eine eingehende und gewissen-

hafte Prüfung seitens der preussischen Regierung zugesagt und der Hoffnung Raum gegeben, daß sich vielleicht ein brauchbarer Kern in dem Antrag finden werde. — Nach Berlautbarungen in Tagesblättern sollen auch in einzelnen süddeutschen Ministerien Sympathien für den Gedanken des Kanitz'schen Antrags bestehen.

Auch außerhalb der Regierungskreise ist man seit Monaten auf das lebhafteste mit dem Antrag Kanitz beschäftigt, und auch hier ist die Stimmung dafür besser geworden. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat die Frage auf die Tagesordnung seiner bevorstehenden Veratung gesetzt, und es ist sicher, daß der Gedanke auch bei süddeutschen Mitgliedern dieser Korporation Anklang gefunden hat, und zwar bei Mitgliedern, die nicht der konservativen Partei angehören. Auch sonst werden in den Zeitungen von da und dort Resolutionen zu Gunsten des Getreideeinfuhrmonopols gemeldet, die zum Teil von nicht konservativen Versammlungen beschlossen worden sind. Ich erwähne beispielsweise die Petitionen und Resolutionen, welche in Baden vor kurzem durch die Herren von Göler und Wittmer veranlaßt worden sind, die Resolutionen der niederbayerischen und fränkischen Bauernschaft und der rheinischen Bauernschaft auf der kürzlich in Köln stattgehabten großen landwirtschaftlichen Versammlung.

In den Zeitungen nimmt die Diskussion über das Getreideeinfuhrmonopol gleichfalls einen breiten Raum ein. Abgesehen von den konservativen Organen und einem Teil der bayerischen Centrumpresse, ist die Stimmung allerdings vorwiegend ablehnend. Vor allem ist das der Fall in den socialdemokratischen Blättern, welche natürlich von einer Hebung der Landwirtschaft nichts wissen wollen, die vielmehr, und sicherlich nicht mit Unrecht, von der Fortdauer der Not derselben einen neuen Zulauf zur Socialdemokratie erwarten. Aber auch die Haltung der freisinnigen, demokratischen und nationalliberalen, sowie der norddeutschen und rheinischen und eines Teiles der süddeutschen Centrumsblätter ist durchweg abweisend. Der Kampf der Meinungen wogt also zur Zeit noch lebhaft hin und her.

Die konservative Partei war nach der Ablehnung des Kanitz'schen Antrags im vorigen Reichstag von vorneherein entschlossen, den Antrag demnächst neuerlich einzubringen. Soviel bekannt wurde, bestand bei Eröffnung des gegenwärtigen Reichstages die Absicht, dies in Gestalt eines förmlich ausgearbeiteten Gesetzentwurfs zu thun. Nachdem die Frage aber in der freien wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags beraten worden war, beschloß man, um dem Reichstag und der Regierung in der Prüfung und Erwägung freieren Spielraum zu geben, sich statt dessen darauf zu beschränken, bei dem Reichstag demnächst eine Resolution folgenden Wortlauts zu beantragen:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach:

1) der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiete bestimmten ausländischen Getreides mit Einschluß der Mühlenfabrikate ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgt;

2) die Verkaufspreise nach den inländischen Verkaufspreisen der Periode 1850 bis 1890 und die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausbeuteverhältnis den Getreidepreisen entsprechend bemessen werden, solange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind;

3) über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Überschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß: a) alljährlich eine, den jetzigen Getreidezolleinnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird; b) zur Ansammlung von Vorräten für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle u. s. w.) die nötigen Mittel bereit gestellt werden; c) ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher In- und Auslandspreise die Zahlung der an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summe (a) sicher zu stellen.“

Dieser Antrag weicht von dem vorjährigen insofern ab, als der Verkauf des eingeführten Getreides nicht mehr zu einem im Antrag selbst ziffernmäßig festgesetzten Preis, sondern vielmehr nach dem Durchschnittspreis der 40 Jahre der Periode 1850 bis 1890 geschehen soll (Ziffer 2 des Antrags). Außerdem aber sind in Ziffer 3 des Antrags Vorschläge über die Verwendung des Verkaufserlöses beigelegt.

Dieser von der wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags beschlossene Antrag ist nach den neuesten Zeitungsnachrichten unterzeichnet von sämtlichen Mitgliedern der konservativen Fraktion, von dem größten Teil der Reichspartei, von allen Mitgliedern der deutschsocialen Reformpartei und außerdem von den Abgeordneten Schwerdtfeger, Graf zu Jun- und Knipphausen, Menz, Riedehof-Böhmer, v. Buddebrock, v. Dallwitz, Dr. Gahn, Hilpert, Bachmayer, Brinkmaier und Dr. Sigl. Nationalliberale Abgeordnete finden sich nicht dabei.

3.

Faßt man den Antrag in dieser seiner jetzt vorliegenden Fassung näher ins Auge, so ergibt sich, wie schon aus der Abtheilung desselben hervorgeht, daß er sich aus dreierlei Bestimmungen zusammensetzt, nämlich:

1) Der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet

*

bestimmten ausländischen Getreides mit Einschluß der Mühlenfabrikate soll zu Gunsten des Reiches verstaatlicht, also Gegenstand eines Reichsmonopols werden.

2) Die Verkaufspreise sollen in einer bestimmten Weise festgesetzt werden, und zwar für das Getreide nach dem Durchschnitt der inländischen Verkaufspreise der 40 Jahre von 1850 bis 1890, die Verkaufspreise für Mühlenfabrikate entsprechend diesen Getreidepreisen unter Zugrundelegung des Verhältnisses, in welchem in Wirklichkeit aus einem bestimmten Quantum Getreide die betreffenden Mühlenfabrikate gewonnen werden. Die so gefundenen Verkaufspreise sollen jedoch nur so lange maßgebend sein, als dadurch die Einkaufspreise gedeckt werden. Stellen sich die Einkaufspreise höher, so haben sich auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen. Da dormalen die Einkaufspreise für ausländisches Getreide auf dem Weltmarkt bedeutend niedriger sind, als die inländischen Getreidedurchschnittspreise der Jahre 1850 bis 1890, so kämen vorerst jedenfalls nur diese Durchschnittspreise als Verkaufspreise in Betracht.

3) Der dritte Teil des Antrags betrifft die Bestimmung darüber, wie die Überschüsse aus dem Erlöse des vom Reich wieder verkauften Getreides einschließlich der Mühlenfabrikate zu verwenden sind. Als selbstverständlich gilt dabei, daß aus dem Verkaufserlös zunächst die Einkaufspreise zu decken sind, und zu dieser Deckung reicht nach der Art, wie in Ziffer 2 der Verkaufspreis bestimmt werden soll, dieser unter allen Umständen aus. Allein der Antrag geht davon aus, daß durch den Wiederverkauf auch Überschüsse erzielt werden, und das muß notwendig der Fall sein, wenn der gegenwärtige Zweck des ganzen Antrags, eine Hebung der inländischen Getreidepreise herbeizuführen, erreicht werden soll. Bei dem dermaligen niedern Stand der ausländischen Getreidepreise im Vergleich zu dem Durchschnitt der inländischen Getreidepreise der maßgebenden 40 Jahre ist auch sicher, daß solche Überschüsse in der That sich ergeben werden, und zwar in beträchtlichem Maße. Diese Überschüsse nun sollen dazu verwendet werden, um:

a) alljährlich eine den jetzigen Getreidezolleinnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abzuführen. — Gegenwärtig werden bekanntlich nach den bestehenden Handelsverträgen für das aus dem Auslande eingeführte Getreide zu Gunsten der Reichskasse Getreidezölle erhoben, und zwar von 100 Kilogramm (Doppelpfund) Weizen 3 M. 50 Pf., Roggen 3 M. 50 Pf., Hafer 2 M. 80 Pf., Buchweizen 2 M., Hülsenfrüchte 1 M. 50 Pf., andere nicht besonders genannte Getreidearten 1 M., Gerste 2 M., Raps und andere Ölfrüchte 2 M., Mais 1 M. 60 Pf., Malz (gemälzte Gerste) 3 M. 60 Pf. Wenn die Einfuhr ausländischen Getreides, entsprechend dem Kanitz'schen Antrag, jedoch zu Gunsten des Reichs

verstaatlicht wird, so ist selbstverständlich, daß dann ein Getreidezoll nicht mehr erhoben werden kann, denn das Reich müßte ja dann diesen Zoll an sich selbst zahlen, was keinen Sinn hätte. Es ist aber auch klar, daß das Reich auf die Einnahmen, die es bisher aus den Getreidezöllen gehabt hat, nicht ohne weiteres verzichten kann, da diese Zölle einen ganz wesentlichen, sich auf Hunderte von Millionen Mark beziffernden Teil seiner bisherigen Einnahmen bilden. Deshalb wird hier unter a) bestimmt, daß aus den Überschüssen des Erlöses für das verkaufte Getreide alljährlich eine den jetzigen Getreidezolleinnahmen wenigstens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt werde. Zu dieser Abführung wird das Reich vorerst jedenfalls reichlich in den Stand gesetzt, da die inländischen Durchschnittspreise der 40 Normaljahre erheblich höher sind und nach dem Zweck des ganzen Antrags notwendig höher sein müssen als die dermaligen ausländischen Getreidepreise, zuzüglich des dermalen von dem Getreide zu entrichtenden Zolles.

— Eben deshalb werden unter

b) und c) auch Bestimmungen über die Verwendung der nach Abführung der unter a) erwähnten Beträge noch erübrigenden Überschüsse getroffen. Aus diesen weiteren Überschüssen sollen einmal (b) die nötigen Mittel bereit gestellt werden zur Ansammlung von Getreidevorräten für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle u. s. w.), und sodann soll (c) ein Reservefonds gebildet werden, um in Zeiten hoher In- und Auslandspreise die Zahlung der nach lit. a) an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summe sicher zu stellen. Beides kann selbstverständlich nur so lange geschehen, als die Differenz zwischen den Auslandspreisen, um welche das Reich einkauft, und dem 40jährigen Durchschnittspreis, um welchen das Reich im Inland wieder verkauft, größer ist als der jetzige Zoll. Denn sobald diese Differenz dem Zoll gleichkommt, kann nur noch die unter lit. a) bestimmte Abführung gemacht werden. Wird aber die Differenz sogar kleiner, so reichen die Überschüsse des Verkaufserlöses über den Einkaufspreis nicht einmal mehr zur Bewirkung der unter a) verlangten Abführung aus. Die Differenz aber wird in dem Maße kleiner, als die Auslands-, also die Einkaufspreise steigen, und sie verschwindet ganz, d. h. es ergibt sich kein Überschuß des Verkaufspreises über den Einkaufspreis mehr, in dem Augenblick, in welchem die Auslandspreise gerade so hoch sind als die Inlands-, also die Verkaufspreise. Für diesen Fall nun, daß der Übererlös des Verkaufs über den Einkauf zur Abführung der unter lit. a) bestimmten Zahlung an die Reichskasse nicht mehr ausreicht, soll jetzt in den Zeiten hoher Überschüsse, wie sie vorerst sicher sind, durch Ansammlung eines Reservefonds Vorsorge getroffen werden. Die Produktionsverhältnisse für Getreide, wie sie in Deutsch-

land und in den ausländischen Getreideeinfuhrländern vorliegen, lassen mit Sicherheit annehmen, daß der Fall, daß die Differenz zwischen den Auslands- und den Inlandspreisen den Betrag des jetzigen Getreidezolles nicht mehr ausmache, unter normalen Umständen in der nächsten Zeit nicht eintreten wird. Denn die Getreideeinfuhrländer werden noch auf lange Zeit hinaus sicher ihr Getreide sehr erheblich billiger produzieren als Deutschland. Nur infolge außerordentlicher Umstände (Krieg, allgemeine Mißernte in allen oder wenigstens den meisten Getreideaufuhrländern u. s. w.) kann es vorübergehend allerdings kommen, daß die Differenz zwischen dem In- und Auslandspreis unter den Betrag des jetzigen Zolles heruntergeht, und für diesen Fall will die Bestimmung in lit. c) der Ziffer 3 vorbauen.

4.

Die Gründe, welche die Freunde der Verstaatlichung der Getreideeinfuhr für den Kaniz'schen Antrag geltend machen, bestehen darin, daß sie sagen: Die Landwirtschaft befindet sich dormalen in einer solchen Notlage, daß notwendig eine große Anzahl Landwirte zu Grunde gehen müssen, wenn ihre Lage nicht binnen kurzer Zeit wieder gebessert wird. Andere Mittel, durch welche die Landwirtschaft über die dormalige Krise hinweggerettet werden könnte, sind uns, außer der Hebung der Getreidepreise mittels Verstaatlichung der Getreideeinfuhr, nicht bekannt. Die Landwirtschaft hilflos zu Grunde gehen zu lassen, ist unmöglich; also erübrigt nur die Hebung der Getreidepreise mittels Verstaatlichung der Getreideeinfuhr. Diese Maßnahme ist, wenn auch nicht erwünscht, eben einfach notwendig; sie ist durchführbar und zulässig, also muß sie auch ins Werk gesetzt werden. Dabei haben die Konservativen wiederholt erklärt, sie seien bereit, von ihrem Begehren abzustehen, wenn jemand ein anderes Mittel namhaft zu machen wisse, mittels dessen der Ruin der Landwirtschaft verhindert werden kann.

Bei dieser Art der Begründung des Antrags ist, da die gefährvolle Lage der Landwirtschaft unbestritten ist, zunächst zu prüfen, ob es in der That kein anderes, weniger eingreifendes und weniger ungewohntes Mittel zur Besserung der Lage der Landwirtschaft giebt, als eben die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr. Ich für meine Person glaube sagen zu müssen, daß ein solches anderes Mittel bis jetzt in der That nicht gefunden worden ist und daß es nicht gelingen wird, ohne große Verwüstung des Bauernstandes und ohne die schwerste Schädigung des öffentlichen Wohles mit den bis jetzt im übrigen vorgeschlagenen Mitteln die Landwirtschaft über die eingetretene Krise hinwegzubringen.

Die Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft resultiert, wie bereits oben erwähnt, teils aus einer Verteuerung der Produktion, also einer Vermehrung der Produktionsauslagen, teils aus dem Niedergang der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere der Getreidepreise. Die Produktionskosten in nennenswerter Weise zu vermindern, ist keine Aussicht vorhanden, da ihre Höhe im wesentlichen veranlaßt ist durch die hohen Lasten und Abgaben, die auf der Landwirtschaft ruhen, sowie durch die hohen Arbeitslöhne, welche eine Folge des Abflusses der ländlichen Bevölkerung nach den Städten sind. Die Versuche, der Landwirtschaft zu helfen, müssen sich also hauptsächlich dahin richten, ihr größere Einnahmen für ihre Produkte zuzuführen. Es ist nun richtig, daß eine ganze Reihe von sog. kleinen Mitteln vorgeschlagen worden sind, welche auf diesen Zweck hinzielen. Allein teils werden diese Mittel überhaupt nur wenig nützen, teils wird von ihnen eine Besserung erst nach einer Reihe von Jahren zu erwarten sein. Auf diese spätere Zeit aber kann man die Landwirte nicht vertrösten, da sonst inzwischen eine so große Zahl von ihnen zu Grunde gegangen und die Landwirtschaft selbst so erheblich verschlechtert sein würde, daß das als eine schwere Schädigung des allgemeinen Wohles angesehen werden müßte. Es gilt also vor allem, ein Mittel an die Hand zu bekommen, welches der Landwirtschaft alsbaldige Hilfe bringt und sie so lange über Wasser hält, bis es gelingt, ihre Lage anderweitig so zu gestalten, daß sie existenzfähig bleibt.

Als ein solches Mittel erscheint aber die Verwirklichung des Ranik'schen Antrags. Würden wir die Anwendung dieses Mittels ohne anderweiten Ersatz ablehnen, so ständen wir vor der Gefahr, daß wir eines Tages, wenn die Überschwemmung des Inlands mit billigen ausländischen landwirtschaftlichen Produkten nachläßt, eine leistungsfähige inländische Landwirtschaft gar nicht mehr vorfinden. Die Verwirklichung des Ranik'schen Antrags stellt sich also so, wie die Dinge jetzt liegen, als notwendig dar. Man mag dieses Mittel als ein wenig erwünschtes ansehen; man mag es bedauern, daß die Anwendung dieses Mittels notwendig geworden ist, aber man wird sich der Erkenntnis, daß es notwendig ist, insoweit nicht verschließen dürfen, als man nicht ein anderes Mittel vorzuschlagen weiß, welches den gleichen Zweck erfüllt. Ich betrachte den Ranik'schen Gedanken auch nicht als ein eigentliches Heilmittel für die Landwirtschaft, ich sehe ihn vielmehr nur an wie eine Medizin, die der Arzt verordnet, nicht sowohl, um den Kranken zu heilen, als vielmehr, um ihn über einen Schwächestand hinwegzubringen, dem er sonst erliegen würde, ehe und bevor die eigentlichen Heilmittel angewendet werden und wirken

können. Ich betrachte ihn, um ein prozessualisches Bild zu gebrauchen, als eine einstweilige Verfügung zur Verhinderung irreparabler Nachteile bis nach Austragung des Prozesses.

Neben dem Antrag Kanitz sind als sog. große Mittel, die das leisten können, was der Antrag Kanitz leisten soll und zu leisten im Stande ist, allerdings noch vorgeschlagen das sog. volle Getreidemonopol, d. h. die gesamte Verstaatlichung des Handels mit aus- und inländischem Getreide, die Kontingentierung der Getreideeinfuhr und die Auferlegung einer inländischen Konsumsteuer auf das vom Ausland eingeführte Getreide. Von diesen Mitteln ist jedoch das letzte nicht zulässig, weil es direkt mit den Handelsverträgen in Widerspruch steht, wie sich aus den Ausführungen unter Ziffer 9 ergeben wird, da darnach das vom Ausland eingeführte Getreide mit keiner höheren inneren Steuer belegt werden darf, als das inländische. Im übrigen wäre, wenn die Handelsverträge nicht entgegenständen, dieses Mittel in der Durchführung einfacher als der Kanitz'sche Antrag und deshalb diesem wohl vorzuziehen.

Das volle Monopol würde sich in der gleichen Richtung bewegen wie der Kanitz'sche Antrag. Aber während nach diesem Antrag nur der Einkauf und Verkauf des ausländischen Getreides verstaatlicht werden soll, würde beim Vollmonopol der gesamte Handel mit aus- und inländischem Getreide verstaatlicht. Mit den Handelsverträgen wäre das Vollmonopol vielleicht unzweifelhafter vereinbar als der Antrag Kanitz. Allein das Vollmonopol greift sehr viel weiter und wäre viel einschneidender als der Kanitz'sche Antrag. Die inländische Landwirtschaft käme dadurch bezüglich ihres Getreidebaues unter eine ähnliche Staatskontrolle, wie sie es jetzt schon bezüglich ihres Tabakbaues ist, die Landwirte würden, wie ein bayerischer Volksredner sich ausgedrückt hat, Gefahr laufen, bloße „Nummern“ zu werden; der ganze, jetzt bestehende Getreidehandel würde vernichtet, und es würden wahrscheinlich große Entschädigungen an die dermaligen Getreidehändler notwendig; es bedürfte viel mehr Personal zur Durchführung als der Antrag Kanitz, und alle Bedenken und Einwendungen, die im übrigen gegen diesen bestehen, würden meines Erachtens in gleichem oder noch höherem Maß gegen das volle Monopol geltend gemacht werden können. Selbst das scheint fraglich, ob das volle Monopol auch nur besser mit den Handelsverträgen vereinbarlich wäre als der Antrag Kanitz; denn auch der letztere enthält ein Staatsmonopol und soll dem gleichen Zweck dienen wie das Vollmonopol, nämlich eben der Hebung der inländischen Getreidepreise.

Die Kontingentierung der Getreideeinfuhr, d. h. die Festsetzung einer bestimmten Menge, über welche hinaus fremdes Getreide

nicht eingeführt werden darf, ohne gleichzeitige Monopolisierung des Einkaufs und Verkaufs zu Gunsten des Staates, erscheint als beschränktes Einfuhrverbot mit den Handelsverträgen unvereinbarlich, da solche Einfuhrverbote nur bezüglich solcher Erzeugnisse zulässig sind, welche den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden (vergl. unten unter Ziffer 9); die Kontrolle wäre schwierig, namentlich die Frage schwer zu lösen, was und wieviel eben jeder einzuführen berechtigt sein sollte. Außerdem aber würde dadurch der Spekulation und einer unbegrenzten Preistreiberei durch die inländischen Händler Thür und Thor geöffnet.

Unter allen diesen sog. großen Mitteln bleibt also nur der Kaniz'sche Antrag übrig.

5.

Stellt sich so das Kaniz'sche Mittel als notwendig dar, so ist die weitere Frage die, ob dasselbe auch praktisch durchführbar ist. Es kann aber meines Erachtens keine unüberwindlichen Schwierigkeiten machen, den Gedanken des Kaniz'schen Antrags praktisch durchzuführen. Der gesamte Handel mit inländischem Getreide bleibt ja frei und wird von dem Antrag nicht berührt. Nur die Einfuhr und der Verkauf fremden Getreides sollen zu Gunsten des Reiches verstaatlicht werden. Diese Einfuhr beträgt je nach der Größe der inländischen Produktion in den einzelnen Jahren etwa $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{6}$ des gesamten inländischen Bedarfs an Getreide, also einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil. Zieht man in Betracht, daß das Getreide heutzutage in hervorragendem Maße Gegenstand des Welthandels ist und daß es auf dem Weltmarkt mit festen Tagespreisen auftritt, so wird man zugeben müssen, daß der Einkauf des Getreides für das Reich auf den außerhalb des deutschen Zollgebiets gelegenen Getreidemärkten keine nennenswerten Schwierigkeiten bieten kann. Der Staat ist nur dann zu Handelsgeschäften wenig geeignet, wenn es sich um Waren handelt, welche nicht Gegenstand eines Markt- oder Börsenverkehrs sind und keinen sicheren Tagespreis haben, wenn es also wesentlich von der Geschicklichkeit des Händlers abhängt, wie günstig oder ungünstig er einkauft. Sehen wir ja doch z. B., daß der Staat zur Verpflegung einer Armee von rund einer halben Million Menschen und zur Verpflegung der Insassen der Strafanstalten und der staatlichen Kranken- und Siechenhäuser schon jetzt sehr bedeutende Quantitäten an Getreide, Mühlenfabrikaten und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen einkauft, ohne daß dadurch irgendwelche praktische Schwierigkeiten entstehen. Das Gleiche gilt auch bezüglich der Einkäufe von Eisenschienen, Eisenbahnwagen, Lokomotiven, Steinkohlen u. s. w. durch den Staat als Eisenbahnbetriebsunternehmer.

Im übrigen stelle ich mir die Verwirklichung des Ranitz'schen Antrags etwa so vor, daß das Reich zwar eine Getreidemonopolverwaltung bestellt, den Einkauf des Getreides, die Lagerung desselben an den größeren inländischen Getreidehandelsplätzen und die Abgabe des Getreides an die Käufer aber durch jetzt schon mit dem Getreidehandel befaßte inländische Kaufleute besorgen läßt. Da man den jährlichen Bedarf der deutschen Bevölkerung an Getreide kennt und auch der inländische Getreideertrag alljährlich festgestellt werden kann, so wäre danach auf Grund der statistischen Feststellungen jährlich, etwa durch den Bundesrat oder eine sonst geeignete Reichsstelle, der durch Einfuhr zu deckende Bedarf zu bestimmen. Sache der Getreidemonopolverwaltung wäre es dann, dafür zu sorgen, daß dieser Bedarf durch beauftragte Getreidehändler zu geeigneten Zeiten auf Kosten des Reichs eingekauft und in schicklichen Quantitäten an den verschiedenen Plätzen des Reiches, soweit möglich in den schon vorhandenen, von den Getreidehändlern der Reichsmonopolverwaltung zur Verfügung gestellten Lagerräumen, etwa unter der Kontrolle und Aufsicht der Zollbehörden, gelagert und zu geeigneten Zeiten auf Ordre der Reichsmonopolverwaltung an die Käufer abgegeben würde. Also z. B. der Bundesrat hätte festgesetzt, daß in einem Jahre eine Million Zentner Weizen einzuführen seien, und hätte die Reichsmonopolverwaltung davon benachrichtigt. Die Monopolverwaltung hat mit zehn inländischen Getreidehändlern Verträge abgeschlossen, wonach jeder von ihnen gegen eine vereinbarte Provision pro Zentner den Einkauf, die Lagerung an einem bestimmten Platz und den Weiterverkauf von 100 000 Zentnern zu besorgen hat. Es würde dann die Monopolverwaltung an die zehn Händler die Ordre geben, den Einkauf zu vollziehen, und zwar von der ausländischen Bezugsquelle, deren Preise sich auf dem Weltmarkt am günstigsten stellen. Damit diese Händler nicht mehr einführen können, als ihnen zur Einfuhr zugewiesen ist, wäre ihre Einfuhr von den Reichszollbehörden an der Grenze zu kontrollieren und jedes eingeführte Quantum unter Namhaftmachung des Importeurs sofort der Reichsmonopolverwaltung bekannt zu geben. Um Unterschleife unterwegs zu verhüten, wäre die Sendung auch an ihrer Endstation, wo sie gelagert werden soll, von den Binnenzollämtern wieder zu kontrollieren und unter Mitverschluß der Zollverwaltung zu lagern. Die Abgabe des Weizens von dem Lager an die Käufer hätte gleichfalls unter Kontrolle der Binnenzollämter zu geschehen, welche von jedem Abgang wieder an die Monopolverwaltung Mitteilung zu machen hätten. Über den ausgelegten Einkaufspreis und die Kosten des Transportes bis aufs Lager hätte der Importeur der Reichsmonopolverwaltung unter Beifügung der erforderlichen Belege Rechnung zu legen; den über-

erlös beim Verkauf hätte er, nach Abzug seiner Provision, der vereinbarten Lagergelber u. s. w. an die ihm bezeichnete Reichskasse abzuliefern und der Monopolverwaltung darüber Nachweis zu erbringen.

Auf diese Weise wäre es vielleicht möglich, die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr durchzuführen, ohne daß das Reich selbst sich zur Lagerung des Getreides mit eigenen Bauten und Lagerungseinrichtungen zu versehen und ohne daß es irgendwelche Entschädigungen an die vorhandenen Getreidehändler für brach gelegte Einrichtungen zu zahlen brauchte, was um deswillen besonders wünschenswert wäre, weil man ja doch die Verstaatlichung nur als eine Maßregel wird ansehen müssen, die nicht für die Dauer bestimmt ist, sondern nur so lange beizubehalten sein wird, bis die Landwirtschaft die jetzige Schwierigkeit überwunden hat, und ihre Lage anderweitig gebessert sein wird.

Durch eine derartige Besorgung der Geschäfte durch beauftragte Getreidehändler würde auch ein Bedenken in Wegfall kommen, welches jetzt von mancher Seite gegen die Einführung des Monopols geltend gemacht wird, nämlich, daß dadurch wiederum eine bedeutende Vermehrung des von der Regierung abhängigen, unselbstständigen Beamtentums eintreten würde. Wäre es möglich, die Sache in der von mir angedeuteten Weise einzurichten, so würden die eigentlichen Einkaufs- und Verkaufsgeschäfte durch die freie Kaufleute bleibenden Getreidehändler und nur die zentrale Leitung durch eine Reichsmonopolverwaltung besorgt, was eine irgend nennenswerte Verwendung von neuen Beamten nicht notwendig machen würde.

Auf der großen rheinischen Bauernversammlung zu Köln am 13. Februar 1895, welche erklärte, sie erkenne in dem „Antrag Ranik“ und in dem „Getreidemonopol“ wirksame Mittel zu einer entsprechenden Erhöhung der Getreidepreise, und die Erwartung aussprach, „daß die Reichsregierung für Durchführung eines dieser Mittel Sorge tragen werde“, ist der Gedanke aufgetaucht und auch in die gefaßte Resolution mitaufgenommen worden, „daß, um der Gefahr der Verstaatlichung der Landwirtschaft vorzubeugen, die Ausführung der in Vorschlag gebrachten Maßnahmen auf dem Wege der Landesgesetzgebung und nur unter der Voraussetzung erfolge, daß die organisierte landwirtschaftliche Vertretung als Träger und Organ dieser Maßnahmen bestellt werde“. In der Begründung zu diesem letzteren Teile der Resolution machte Graf Hoensbroech nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 102 vom 14. Februar) geltend, wenn, wie verlangt, die Ausführung des Antrags Ranik oder des Monopols den Organisationen der Landwirtschaft überlassen werde, so werde da-

Sehnter, Der Antrag Ranik.

2

durch nicht nur das Bedenken beseitigt, daß durch diese Maßnahmen eine Verstaatlichung der Landwirtschaft eintrete, sondern es werde dadurch „auch die Verfolgung etwaiger Nebeninteressen ausgeschlossen“.

Der Zeitungsbericht läßt die auf der Versammlung zu Tage getretenen Gedankengänge nicht mit voller Klarheit erkennen; doch glaube ich sagen zu können: Von einer Verstaatlichung der Landwirtschaft kann meines Erachtens insoweit, als der Antrag Kanitz in Frage steht, keine Rede sein, da durch denselben ja nur die Einfuhr und der Verkauf ausländischen Getreides verstaatlicht werden soll, die inländische Landwirtschaft aber von demselben in keiner Weise berührt wird, vielmehr vollständig frei und unabhängig bleibt und nur indirekt den Vorteil daraus zieht, daß die Preise für ihr Getreide dadurch eine Erhöhung erfahren. Selbst im Falle eines vollen Getreidehandelsmonopols sowohl für ausländisches als für inländisches Getreide könnte von einer Verstaatlichung der Landwirtschaft im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden, so wenig wie etwa beim Tabaksmopol, da selbst in diesem Falle sowohl das landwirtschaftliche Gelände als auch der landwirtschaftliche Betrieb in den Händen der Privaten bliebe und nur der Einkauf und Verkauf des Getreides in die Hände des Staates überginge. Wenn man aber darin, daß der Getreidehandel ganz (beim vollen Monopol) oder nur bezüglich der Einfuhr und des Verkaufs fremden Getreides (beim Antrag Kanitz) auf den Staat übergeht, eine Verstaatlichung der Landwirtschaft erblicken will, so scheint es mir, daß dieses Bedenken, das ich jedoch für nicht zutreffend erachte, nicht dadurch beseitigt werden kann, daß man die Ausführung der einen oder andern Maßregel in die Hände landwirtschaftlicher Organisationen legt. Die Verstaatlichung könnte doch nur darin erblickt werden, daß der Getreidehandel für Rechnung des Staates erfolgt. Durch welcherlei Organe die Maßnahme ausgeführt wird, ob der Staat dazu eigene Beamte bestellt, oder ob er schon vorhandene Getreidehändler, oder ob er die landwirtschaftlichen Organisationen damit beauftragt, erscheint dabei gleichgültig. In dem einen wie in dem anderen Falle wären die vollziehenden Hände doch insoweit, als sie die vom Staat angeordneten Maßnahmen vollführen, Organe des Staates. An der Thatsache der Verstaatlichung, insoweit eine solche überhaupt vorliegen würde, könnte dadurch meines Erachtens nichts geändert werden.

Ich bin aber auch der Meinung, daß es sich viel weniger empfehlen möchte, die Ausführung der Kanitz'schen Idee landwirtschaftlichen Organisationen, als vielmehr den inländischen Getreidehändlern zu übertragen. Denn einmal sind geeignete landwirtschaftliche Organe, denen der Ankauf und der Wiederverkauf des

ausländischen Getreides übertragen werden könnte, zur Zeit noch nicht vorhanden; sie müßten also erst geschaffen werden, was ohne ein gesetzgeberisches Vorgehen im Wege der Landesgesetzgebung wohl nicht möglich wäre und die Ausführung der Maßregel auf die lange Bank schieben würde, während Eile not thut. Sodann besitzen die vorhandenen inländischen Getreidehändler, denen nach meiner Idee die Ausführung des Einkaufs, der Lagerung und des Verkaufs übertragen werden sollte, bereits die nötigen geschäftlichen Kenntnisse und Routine, während sich die landwirtschaftlichen Organe erst solche erwerben müßten. Wird die Ausführung den Kaufleuten übertragen, so werden diese sich wohl auch bereit finden, ihre Lagerräume und die sonstigen Einrichtungen zur Behandlung des Getreides auf dem Lager für die Zwecke der Durchführung des Ranik'schen Vorschlags zur Verfügung zu stellen, während bei Übertragung der Ausführung auf landwirtschaftliche Organisationen die Herrichtung und Anschaffung kostspieliger Lagerungseinrichtungen kaum wird umgangen werden können. Endlich aber bliebe bei Übertragung der Ausführung auf dem Getreidehandelsstand dieser immer noch an der Einführung, Lagerung und dem Wiederverkauf des fremden Getreides aktiv beteiligt und könnte daraus durch Einkaufs- und Verkaufsprovisionen, Lagermieten u. s. w. einen Nutzen ziehen. Die von mir ins Auge gefaßte Form der Ausführung wäre also schonender für den Handelsstand und würde daher auch wohl geringeren Widerstand finden als der andere in Köln gemachte Vorschlag. Es scheint mir aber durchaus wünschenswert, die dem Antrag Ranik entgegenstehenden Interessen soweit als irgend möglich zu berücksichtigen.

Was den Einkaufspreis für das einzuführende Getreide betrifft, so ergäbe sich dieser von selbst aus den Tagespreisen auf den ausländischen Marktplätzen. Es scheint mir nicht notwendig, den ganzen Bedarf der Einfuhr auf einmal in kurzer Zeit zu kaufen, vielmehr könnte damit allmählich vorgegangen werden, je nach dem Stande des Marktes und dem inländischen Bedarf. Dabei könnte mit Einkäufen schon gleich nach der ausländischen Ernte teilweise vorgegangen werden, ohne daß man zuvor die Feststellung des inländischen Ernteertrags abzuwarten brauchte. Denn eine Einfuhr wird, solange unsere Landwirtschaft nicht mehr als bisher produziert, ziemlich in jedem Jahre notwendig sein. Der Einkauf hätte stets da zu geschehen, wo der Bedarf am vorteilhaftesten gedeckt werden könnte.

Der Wiederverkauf hätte meines Erachtens sowohl an Verbraucher unmittelbar, als auch an Händler zu geschehen, an letztere jedoch nicht in zu großen Quantitäten und jedenfalls nur nach und nach, da diese sonst durch Zurückhalten des von ihnen übernommenen

Getreides Preistreibereien veranlassen könnten. — Man könnte daran denken, und es ist dieser Gedanke auch schon ausgesprochen worden, die Reichsmonopolverwaltung solle das eingeführte Getreide jeweils sofort am Ankunftsorte um einen bestimmten, nach den Verhältnissen zu bemessenden Taxpreis ausschließlich an die inländischen Händler und nur ganz ausnahmsweise, und zwar um etwas höhere Preise, an Verbraucher versteigern, damit den Händlern der Gewinn des Zwischenhandels nicht entgehe und diese eher für die Verstaatlichung der Einfuhr zu gewinnen seien. Allein bei einem solchen Verfahren wäre es wohl kaum möglich, Spekulation und Ringbildung hintanzuhalten.

Ob es zweckmäßig und empfehlenswert ist, den Preis für das abzugebende Getreide ein für allemal in der in dem Antrag Ranik vorgeschlagenen Weise festzusetzen, kann fraglich erscheinen. Es würde das allerdings den Vorteil bringen, daß die inländischen Getreidepreise dadurch ziemlich konstant blieben und die Spekulation eingeschränkt würde. Meine Idee wäre aber doch die, daß einer geeigneten Reichsstelle, als welche wohl nur der Bundesrat gelten könnte, die Befugnis eingeräumt würde, je nach den Umständen der einzelnen Jahre und dem Stand der ausländischen Getreidepreise die Taxe für das abzugebende Getreide von Zeit zu Zeit zu bestimmen. Dadurch käme mehr Beweglichkeit in die inländischen Getreidepreise, und es könnten Umstände, die sich ergäben, berücksichtigt werden; namentlich wäre es dann möglich, für die aus verschiedenen Staaten eingeführten Quantitäten der gleichen Art, falls diese verschiedene Gebrauchswerte haben, auch den inländischen Preis verschieden zu bestimmen. Als generelle Norm könnte ja der Durchschnitt der Getreidepreise der letzten 40 Jahre von 1850 bis 1890 wohl gelten.

Der Preis für das abzugebende Getreide müßte natürlich außer dem Einkaufspreis mindestens den Zollausfall decken, den das Reich bei Verstaatlichung der Getreideeinfuhr erleiden würde. Danach noch verbleibende Überschüsse könnten in der im Ranik'schen Antrag vorgeschlagenen Weise wohl verwendet werden. Sobald sich etwa ergeben sollte, daß der Verkaufspreis dauernd außer dem Einkaufspreis den Ausfall an den jetzigen Getreidezöllen nicht mehr decken würde, wäre übrigens der Zweck der Verstaatlichung der Getreideeinfuhr erreicht, und die Einfuhr fremden Getreides könnte dann wieder freigegeben werden. Um dem Reichstag hierüber die Entscheidung vorzubehalten, würde es sich vielleicht empfehlen, die Verstaatlichung zunächst nur auf eine bestimmte Reihe von Jahren einzuführen.

Ich glaube, aus dem vorstehend Gesagten wird entnommen werden können, daß die praktische Durchführung des Ranik'schen

Antrags außergewöhnliche Schwierigkeiten nicht macht. Seine Durchführung würde aber, abgesehen von der Hilfe, die er der Landwirtschaft brächte, auch eine Stärkung der Reichsidee enthalten.

Aber sehen wir im weiteren auch, wie es mit den sonstigen Einwendungen steht, welche man gegen den Antrag Kanitz vorzubringen pflegt.

6.

Ein Haupteinwand, den man gegen den Kanitz'schen Antrag erhebt, besteht darin, daß man sagt, derselbe enthalte in sich ein socialistisches Moment, seine Verwirklichung sei ein Stück Staats-socialismus. Die Richtigkeit dieser Behauptung kann an sich nicht bestritten werden. Allein das kann kein Grund zur Ablehnung sein, nachdem es sich gezeigt, daß auf anderem Wege die nötige Hilfe nicht zu beschaffen ist. Es ist allerdings wünschenswert, mit dem Staats-socialismus nicht weiter zu gehen, als unbedingt notwendig ist. Wo sich aber ein Eingreifen des Staates zu Gunsten großer notleidenden Klassen im Interesse des allgemeinen Wohls als notwendig erwiesen hat, hat das Reich sich schon bisher nicht ge scheut, im Wege des Staats-socialismus vorzugehen. Wir befinden uns bereits ein gutes Stück im Staats-socialismus darin, die ganze sog. sociale Gesetzgebung: Krankenversicherung, Unfallversicherung, Alters- und Invaliditätsversicherung, Arbeiterschutzgesetzgebung, ist nichts anderes als Staats-socialismus. Freilich ist dieser Socialismus nicht eingeführt worden im Interesse der Landwirtschaft, sondern vielmehr hauptsächlich im Interesse der Industrie und des Handels und der von diesen beschäftigten industriellen Arbeiter. Wenn es sich nun jetzt darum handelt, auch der Landwirtschaft mit ihren vielen Millionen Angehörigen eine dringend notwendige Hilfe zu gewähren, so wäre es deshalb ungerecht, der Landwirtschaft diese Hilfe deshalb zu versagen, weil das vorgeschlagene Mittel socialistisch ist. Gerade in Bezug auf den Handel mit Getreide enthält das Eingreifen des Staates im Interesse des öffentlichen Wohles übrigens auch gar nichts Neues. Das Einkaufen von Getreide durch den Staat war schon im Altertume bekannt und war das ganze Mittelalter hindurch auch in Deutschland wie in andern Ländern in Übung. Schon die Bibel erzählt von den Kornkammern der ägyptischen Könige.

Ich glaube überhaupt, die Zeiten, in denen man das Wort Socialismus als ein Schreckmittel gebrauchen konnte, nähern sich ihrem Ende. Wir werden uns in Zukunft sicherlich noch mehr, als es schon bisher geschehen ist, damit befreunden müssen, Schäden unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch staats-socialistische Mittel zu bekämpfen, wenn wir nicht geschehen lassen wollen, daß

der kommunistische Socialismus immer weitere Kreise zieht und schließlich uns über den Kopf wächst.

7.

Ein sehr beliebtes und sich bedeutender Zugkraft erfreuendes Argument gegen die Kanitz'sche Idee besteht sodann darin, daß man ausführt, die künstliche Verteuerung der inländischen Getreidepreise schädige alle diejenigen wirtschaftlichen Existenzen, welche nicht selbst Getreide verkaufen, vielmehr als Konsumenten von Getreide in Form von Brot, Bier, Mehlspeisen u. s. w. lediglich Getreide verbrauchen.

Auch diese Bekämpfung hat theoretisch etwas Bestechendes. Wenn alles in der Welt so sadengerade zugehe und zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten nicht der Zwischenhändler, der Spekulant und der Fabrikant stände, so müßte es ja unfehlbar richtig sein, daß durch die Verwirklichung des Kanitz'schen Gedankens eine erhebliche Verteuerung aller aus Getreide hergestellten Konsumartikel eintreten müßte. Allein nach derselben theoretischen Regel, nach welcher die Konsumartikel aus Getreide bei steigenden Getreidepreisen teurer werden müssen, nach derselben Regel müßten sie bei sinkenden Getreidepreisen auch entsprechend billiger werden. Aber was beweist uns statt dessen das praktische Leben? Das Bier, das aus Gerste oder Weizen hergestellt wird, ist, soweit meine praktischen Erfahrungen reichen, für den Konsumenten, d. h. für den Biertrinker, heute, wo der Doppelzentner Gerste 10 bis 12 Mk. kostet, noch genau so teuer und so billig wie zu der Zeit, als der Doppelzentner 18 bis 20 Mk. kostete. Und nicht oder nicht viel anders ist es auch bei den Brotpreisen. Die billigen Getreidepreise ruinieren unsere Landwirtschaft, aber sie nützen der konsumierenden Bevölkerung nur wenig oder gar nichts. Den Hauptgewinn dabei macht der Zwischenhändler, der Spekulant und der Fabrikant. Es ist in dieser Richtung sehr lehrreich, hier beispielsweise eine kleine Tabelle zusammenzustellen, aus der sich ergibt, welche Dividenden die großen Aktienbrauereien in Deutschland in den letzten Jahren an ihre Aktionäre verteilt haben. Die Tabelle ist entnommen aus den Mitteilungen der in Nürnberg erscheinenden allgemeinen Brauer- und Hopfenzeitung vom 5. Februar 1895, Nr. 16. Dort sind die Dividendenerträge von 118 Aktienbrauereien zusammengestellt, von denen nicht weniger als 89 in den letzten beiden Jahren fünf und mehr Prozent Dividenden verteilt haben. Um nicht die Tabelle allzugroß werden zu lassen, ziehe ich hier nur diejenigen aus, die mehr als 6% verteilt haben. Es sind folgende:

Name der Aktienbrauerei.	Dividenden in Prozenten	
	vor- lezte.	lezte.
Altenburg	10	10
Balhorn, Bierbr. N.-G., Braunschweig	7	5 ¹ / ₂
Binding'sche, Frankfurt a. M.	11	11
Böhmisches Brauhaus in Berlin	12	9
Braunschweiger Nationalbrauerei	11	9 ¹ / ₂
Brauhaus, Würzburg	7	7
I. Brünner Brauerei und Malzfabrik	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Bürgerliches Brauhaus, München	8	8
Consol. Felschloßchen, Dresden, Genußscheine	8	10
Kulmbacher I. Exportbrauerei	29	29
Exportbrauerei Rizzi, Kulmbach	9	9
Kulmbacher Exportbrauerei Peh, Kulmbach	8	7
Dortmund	26 ² / ₃	26 ² / ₃
Dortmunder Löwenbräu, Dortmund	10	10
Dortmunder Unionbrauerei	18	18
Dresdener Malzfabrik (vorm. König)	6	7
Elbschloßbrauerei Nienstedten, Hamburg	12 ¹ / ₂	10
Felsenteller, Plauen bei Dresden	28	28
Friedrichshöhe, Berlin	16	13
Greiz	10	10
Hamburg	8	7
Hamburg-Altonaer Vereinsbrauerei	6 ³ / ₄	5
Hessische Brauerei, Kassel	8	7
Hofbrauhaus Dresden I.	10	10
II.	6	7 ¹ / ₂
Höfelbrauerei, Düsseldorf	9	9
Holsten, Hamburg	10	10
Kaiserbrauerei, Ricklingen	7	7
Kempff'sche Brauereigesellschaft, Frankfurt a. M.	9	7 ¹ / ₂
Kalker Brauerei, Kalk	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Kieler Brauerei zur Eiche, Kiel	10	10
Klosterbrauerei Stöckelhof b. Halberstadt	9	11
Leipziger Malzfabrik, Stenditz	11	5 ¹ / ₂
Leipziger Brauerei (Riebeck)	10	10
Vereinsbrauerei, Leipzig	15	15
Lichtenfels	10	8
Lindener Brauerei (Hanov.-Linden)	24	22
Pinzer Aktienbrauerei und Malzfabrik	10	5

Name der Aktienbrauerei.	Dividenden in Prozenten	
	vor- lezte.	lezte.
Löbau	11	?
Löwenbräu, München	20	20
Löwenbräu (Sinner), Freiburg	8	8
Lübeck	7	7
Mainzer Aktienbrauerei, Mainz	8	8
Mainz, Schöffershof	11	11
Malzerei N.-G., Hamburg	8	?
Marinethaler, Wandsbeck	10 ^{2/3}	10
Meißener Felsenkellerbrauerei	6	8
Mönchshof, Kulmbach	8	9
Pfefferberg, Berlin	8	8
Pirnaer Malzfabrik (vorm. Zipps)	8	8
Reisewitz	20	21
Rostocker Brauerei, Rostock	10	10
Schöneberger Schloß, Schöneberg	12	9
Schultheiß, Berlin	15	12
Sinner, Grünwinkel bei Karlsruhe	15	15
Schloß Chemnitz	30	30
Sanitätsbrauerei, Dresden	18	10
Zur Sonne, Speier	7 ^{1/2}	7 ^{1/2}
Zum Storch, Speier	7	7
Spandauer Berg, Berlin	7	5
Stiftsbrauerei, Minden	7	6
Vereinsbrauerei Rixdorf, St. Prior	7 ^{1/2}	5 ^{1/2}
Weißbier Gerike, Berlin	6 ^{1/2}	8 ^{1/2}
„Landré, Berlin	8 ^{1/2}	10 ^{1/2}
Weißkühlen, Elberfeld	9	9

Diese Tabelle spricht Bände. Sie beweist schlagend, daß das Sinken des Getreidepreises nicht der konsumierenden Bevölkerung, sondern den Dividendenbezügern, also den Kapitalisten zu gute kommt. Mit denen aber brauchen wir wahrhaftig kein Mitleid zu haben, wenn ihre Dividenden infolge Verwirklichung des Kanitz'schen Antrags kleiner würden.

Aber zugegeben auch, es tritt bei Verwirklichung des Kanitz'schen Antrags eine kleine Verteuerung der aus Getreide hergestellten Konsumartikel ein: können wir deshalb unsere Landwirtschaft mit ihren vielen Millionen Angehörigen wirtschaftlich zu Grunde gehen lassen? Ist unsere

Landwirtschaft und unsere landwirtschaftliche Bevölkerung nicht auch ein kleines Opfer und eine gewisse Rücksicht wert? Diese landwirtschaftliche Bevölkerung bildet einen so großen Teil unseres ganzen Volkes, sie ist ein für den Staat so wertvoller Bestandteil des Volkes, die Landwirtschaft ist für uns so notwendig, daß ihre Notlage als eine öffentliche Kalamität erscheint, für deren Behebung auch die Allgemeinheit ein Opfer bringen muß.

Auch der Einwand erscheint unerheblich, daß eine künstliche Steigerung ja doch nur den Großgrundbesitzern, nicht aber den kleinen Landwirten zu gute käme. Es ist ja freilich richtig, daß jemand um so größeren Nutzen von hohen Getreidepreisen hat, je mehr Getreide er verkauft. Aber auch der kleine Landwirt hat davon einen verhältnismäßigen Nutzen; denn auch der kleine Landwirt, soweit von einem Landwirt noch die Rede sein kann, verkauft bald mehr, bald weniger Getreide und bezieht dadurch den Vorteil höherer Getreidepreise.

8.

Man hat gefragt, wo es hinführen solle, wenn man die Getreideeinfuhr verstaatliche, um der Landwirtschaft eine Grundrente und einen Lohn für ihre Arbeit zu sichern; warum denn nicht auch den Industriellen und Handwerkern eine Rente für ihr ins Geschäft gestecktes Kapital und der Lohn für ihre Arbeit durch Minimalpreise, warum nicht auch den Arbeitern der Lohn für ihre Arbeit durch Festsetzung eines Minimallohnes gesichert werden solle? Warum nur die Agrarier ein Privilegium haben sollen? Demgegenüber ist zu bemerken: Um ein Privilegium, um die Garantie einer Bodenrente handelt es sich gar nicht; sondern es handelt sich darum, die Landwirtschaft aus einer Notlage zu befreien, in die sie mindestens mit durch eine falsche Wirtschaftspolitik gebracht worden ist, und sie vor dem Untergang so lange durch die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr zu retten, bis sie anderweitig sich Hilfe verschafft hat. Von einer Rentengarantie kann also keine Rede sein, sondern nur von einem durch die Not aufgezwungenen Hilfsmittel. — Im übrigen aber ist zu sagen:

Was die Arbeiter anbelangt, so haben wir bis jetzt nicht gehört, daß sie umsonst arbeiten, wie dies thatsächlich bei den Landwirten vielfach der Fall ist. Soviel wir unterrichtet sind, sind die Arbeitslöhne in unserer Zeit höher, als sie zu irgend einer Zeit waren. Das gilt selbst von den Löhnen landwirtschaftlicher Arbeiter, trotz der großen Notlage der Landwirtschaft. Für die Arbeiter ist überdies seit einem Jahrzehnt so viel geschehen, daß die Landwirtschaft herzlich froh sein könnte, wenn für sie nur halb soviel geschehen wäre. Ich brauche in dieser Richtung nur auf die sociale Versicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung der letzten zehn

Jahre zu verweisen. Regierung und Volksvertretung arbeiten aber auch jetzt noch, wie erst neuestens wieder die Verhandlungen des Reichstags in Bezug auf die Bildung von Arbeiterkammern beweisen, fortgesetzt an der Verbesserung der Lage der Arbeiter, und jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß nicht bloß die industriellen Arbeiter in der Stadt sehr viel besser und opulenter leben als unsere meisten mittleren und kleinen Bauern auf dem Lande, sondern daß mancher mit Schulden und Sorgen gedrückte Bauer auch recht froh wäre, wenn er ebenso sorglos täglich seine Kost und seinen Lohn sicher hätte wie sein Knecht und seine Magd und sein Tagelöhner, und wenn er ebenso beruhigt einer Krankheit, einem Unfall und seinem Alter entgegensehen könnte, wie der mit allen Versicherungen umgebene und geschützte Arbeiter. Jedenfalls ist die Not bei den Landwirten dermalen größer als bei den Arbeitern, und wenn wir auch durchaus zugeben, daß auch für die Arbeiter noch manches geschehen kann und zu geschehen hat, so scheint uns doch soviel sicher, daß es am wenigsten in der Form der staatlichen Garantie eines Minimallohnes zu geschehen braucht. Die Arbeiter sorgen durch ihre Streiks schon dafür, daß sie im Bohnen nicht zu kurz kommen, und wenn unsere Bauern ein ebenso bequemes Mittel hätten, sich einen Ertrag von ihrem Besitz und ihrer Arbeit zu sichern, würden sie es sicher längst angewandt haben.

Unsere Handwerker und Kleinkaufleute auf dem Lande sind allerdings auch in keiner rosigten Lage. Aber der Grund davon liegt zum nicht geringen Teil eben darin, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung infolge ihrer schlechten Einnahmen nicht kaufkräftig ist, also den Handwerkern und Kaufleuten nicht viel zu verdienen geben kann. Die Besserung der Lage der Landwirte wird also mittelbar auch den Handwerkern und Kaufleuten wie übrigens auch der gesamten Industrie zu gute kommen. Im übrigen aber scheidet sich eins nicht für alle, und wenn die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr ein geeignetes Mittel ist, dem Landwirt aus der Not zu helfen, so wüßte ich nicht, wie etwas Ähnliches bei dem Handwerker und dem Kaufmann gemacht werden sollte. Die Eigentümlichkeiten dieser Stände erfordern zur Besserung ihrer Lage andere Mittel als die Landwirtschaft, und deshalb müssen dort auch andere Mittel angewendet werden.

Was aber die Industriellen anbelangt, so muß durchaus bestritten werden, daß hier ein Notstand überhaupt vorliegt. Seit 30 und 40 Jahren ist die Industrie und der Großhandel das Schoßkind unserer Gesetzgebung und unserer staatlichen Fürsorge gewesen. All die ungeheuren Summen, die für die großen Bahnen, für Dampfschiffahrt, für Hafenanlagen, für unsere Kriegsmarine, für unsere konsularische Vertretung im Ausland, ja selbst für unsere

soziale Gesetzgebung ausgegeben worden sind und ausgegeben werden, sind vor allem dem Handel und der Industrie zu gute gekommen und kommen ihnen noch immer zu gute. Die Industriellen und Großhändler sind dabei reich geworden, der Bauer aber arm. Einen statistischen Nachweis, wie befriedigend es der Industrie geht, habe ich schon oben S. 23/24 bezüglich der Bierbrauerei gegeben. Es liegt mir aber auch der deutsche Börsenkalender der Frankfurter Zeitung für 1895 vor, in welchem S. 93/94 von einer größeren Anzahl „Industrie-, Montan-, Transport- und diversen Aktiengesellschaften“ die Dividenden der Jahre 1891, 1892, 1893 wie folgt angegeben sind:

N a m e.	Dividende pro		
	1891	1892	1893
Accumulatorenfabrik Berlin (Hagen)	15	10	6
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	8	8 ¹ / ₄	9
Anglo-Continentale Guano	11 ⁷ / ₈	11 ³ / ₄	9
Armaturen und Maschinen, Hilpert	6	6	7
Aschaffenburg Buntpapierfabrik	5	7	10
Maschinenpapierfabrik	0	4	8
Badische Anilin- und Sodafabrik	22	27	27
„ Uhrenfabrik Furtwangen	0	0	0
„ Zuckerfabrik Waghäusel	0	0	2 ¹ / ₃
Baumwollspinnerei und Weberei Lampertsmühle	5	8	8
Bielefelder Maschinenfabrik	10	10	11
Cementwerk Heidelberg	11	10	0
Chemische Fabrik Griesheim	15	16	16
„ „ Goldenberg	4 ¹ / ₂	6	6
„ „ Weiler und Co.	13	14	14
Commandit-Gesellschaft Schöffers und Co.	7	6	6
Dampfkornbrennerei und Preßhese-Fabrik	4	0	0
Deutsch-Amerikanische Maschinen-Gesellschaft	9	6	6
Deutsche Gold- und Silberscheide-Anstalt	15	15	15
Deutsche Verlagsanstalt	12	12	12
Disch, Handel- u. Schiffahrts-Aktien-Gesellschaft	5	0	0
Elektrische Aktien-Gesellschaft Schudert	0	0	0
Ettlinger Spinnerei	1 ¹ / ₆	4,95	4 ³ / ₈
Farbwerke (Höchst)	26	26	28
Filzfabrik Fulda	9	7	12
Frankfurter Baubank	7	8	9
„ Gas	7	8,40	8,40

N a m e.	Dividende pro		
	1891	1892	1893
Frankfurter Hotel	5 ¹ / ₂	4	1
" Schleppschiff	2 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
" Trambahn	12	11 ³ / ₄	12 ¹ / ₂
" Waldbahn	3 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
Gelsenkirchener Gußstahl und Eisenwerk	4	0	2
Glasindustrie Siemens	11	11	11
Grazer Tramway	6	6	6
Int. Bau-Ges. St.-A.	9	10	10
" Pr.-A.	9	10	10
Int. Elektr.-Ges. Wien	5	5 ¹ / ₂	6
Karlsruher Maschinenfabrik	8 ⁴ / ₇	6	6
Kölner Straßenbahn	5	5	6
" Verlag und Druckerei	8	8	8
Leykam-Josefthal	4	0	2
Mehl- und Brotfabrik Haufen	4 ¹ / ₂	5	2 ¹ / ₂
Niederth. G. f. Lederf. (Spier)	1 ¹ / ₂	4	7
Norddeutscher Lloyd	0	1 ¹ / ₂	3
Nürnberg-Fürther Straßenbahn	5	5	5
Röhrentesselfabrik Dürr und Co.	9	7	5
Schnellpressenfabrik Frankenthal	5	6	7
Spinnerei Hohemark	0	0	0
" und Weberei Hüttenheim	0	0	0
Strasßburger Druck und Verlag	7 ¹ / ₂	5	3
Südd. Immobilien (40% G.)	4 ¹ / ₆	6	7
Sürther Maschinenfabrik	5	0	0
Türk. Tabakregal. (50% G.)	9 ¹ / ₂	10	10 ¹ / ₄
Veloce, Ca. ital. Dampfssch.	5	5	5
Verein. Berl.-Frtst. Gummi	8	8	8
Verein. chem. Fabrik Mannheim	12	12	14
Verein. deutsche Olfabrik Lit. A.	5 ¹ / ₂	6	6 ¹ / ₂
Verein. Pinselfabrik Nürnberg	6	6 ¹ / ₂	8
Verein. Schuhstoff (Julba)	14	14	12
Verlag und Druck Richter	0	0	0
Wesseler Porzellan- und Steingutfabrik	5	5	3
Westdeutsche Fute-Spinnerei und Weberei	9	0	0
Zellstofffabrik Waldbhof	10	15	16
Zellstoffverein Dresden	0	1	4

Ähnlich oder noch besser lauten in dem erwähnten Börsenkalender die Mitteilungen über die Dividendenerträge der Aktienbanken S. 76/77 und 92, der Hypothekenbanken S. 77 und der Aktieneisenbahnen. Was aber gar die Aktienversicherungsgesellschaften anbelangt, so haben nach S. 78 des Kalenders von 44 solchen Anstalten im Jahre 1893 nur 7 eine Dividende von weniger als 10% verteilt; 8 haben eine Dividende gegeben zwischen 10 und 20% und die Dividende aller übrigen Gesellschaften bewegt sich zwischen 20 und 100%.

Wenn die deutsche Landwirtschaft auch nur annähernd Reinverdienste auszuweisen hätte, wie sie hier erscheinen, würde es keinem Landwirt auch nur im Schlafe einfallen, nach einer Verstaatlichung der Getreideeinfuhr und einer Besserung der Getreidepreise zu rufen. Dabei ist noch zu bemerken, daß diese Aktiengesellschaften Dividenden durchweg erst verteilen, nachdem sie sehr bedeutende Abschreibungen auf ihre Gebäude- und Maschinenkonti gemacht, also, gemeinverständlich ausgedrückt, sehr bedeutende Abzahlungen auf die auf ihren Gebäuden und Maschinen ruhenden Anschaffungsschulden geleistet, nachdem sie sehr erhebliche Beträge in Reservefonds gelegt und sehr bedeutende Tantiemen an ihre Direktoren, Verwaltungs- und Aufsichtsräte gezahlt haben. Wo kann aber von alledem beim Landwirt auch nur entfernt die Rede sein? Er ist herzlich froh, wenn er am Schluß des Jahres noch da steht, wo er am Anfang war.

Also mit der Argumentation, die man von dieser Seite gegen den Kanitz'schen Antrag einwendet, ist es nichts. Wir wollen da geholfen haben, wo es not thut, und haben damit gerade genug zu thun. Wo keine Not ist, brauchen wir nicht zu helfen. Für ungelegte Eier sorgen wir nicht. Wo aber Hilfe not thut, da muß eben geholfen werden, auch wenn uns die Hilfe schwer ankommt.

Eben deshalb, weil die Verstaatlichung nicht weiter gehen darf und soll, als sie absolut notwendig ist, ist es auch ungereimt, zu befürchten, die Konsequenz der Annahme des Antrags Kanitz müsse notwendig auch zur Verstaatlichung des Bäckergerwerbes (Antrag Dehn) und überhaupt zur Verstaatlichung des ganzen Gewerbes und der Industrie führen. Hier bedarf es keiner Verstaatlichung, weil keine Notlage, wie bei der Landwirtschaft, vorliegt. Auch zur Unterstützung der Landwirtschaft soll die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr nur deshalb erfolgen, weil es ein anderes Hilfsmittel nicht giebt, und die Unterstützung soll überdies keine dauernde Einrichtung, sondern nur ein einstweiliger Notbehelf sein.

9.

Die Hauptfrage ist schließlich die, ob die Durchführung des Kanitz'schen Gedankens aus internationalen Gründen überhaupt zulässig und möglich ist. Bekanntlich hat Deutschland seit Beginn der 1890er Jahre mit fremden Staaten eine Reihe von Handelsverträgen abgeschlossen, durch welche die gegenseitigen Handelsbeziehungen geregelt und die Zollverhältnisse zwischen Deutschland und den betreffenden Ländern vertragsmäßig bestimmt sind. Es sind dies namentlich: 1) der Handels- und Zollvertrag mit Österreich-Ungarn vom 6. Dezember 1891 (R.-G.-Bl. von 1892, S. 3 ff.); 2) der Handels-, Zoll- und Schiffsahrtsvertrag mit Italien vom 6. Dezember 1891 (R.-G.-Bl. von 1892, S. 97 ff.); 3) der Handels- und Zollvertrag mit Belgien vom 6. Dezember 1891 (R.-G.-Bl. von 1892, S. 241 ff.); 4) der Handels- und Zollvertrag mit Serbien vom 21./9. August 1892 (R.-G.-Bl., S. 269 ff.); 5) der Handels-, Zoll- und Schiffsahrtsvertrag mit Rumänien vom 21. Oktober 1893 (R.-G.-Bl. von 1894, S. 1 ff.); 6) der Handels- und Schiffsahrtsvertrag mit Rußland vom 10. Februar (29. Januar) 1894 (R.-G.-Bl., S. 153 ff.). — Die Zusagen dieser Verträge kommen kraft bestehender Meistbegünstigungsverträge auch noch anderen Staaten zu gute.

Es fragt sich nun, ob sich nicht etwa Deutschland durch eine gesetzgeberische Verwirklichung des Kanitz'schen Gedankens mit diesen internationalen Verträgen in Widerspruch setzen, also vertragsbrüchig werden würde. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß, wenn diese Frage bejaht werden würde, abgesehen von anderen, politischen Gründen, schon die Ehre und die Würde Deutschlands einen solchen Vertragsbruch nicht gestatten, vielmehr in solchem Falle die Ausführung des Kanitz'schen Antrags als unzulässig erscheinen würde. Die Beantwortung der Frage aber ist viel umstritten und nicht leicht. Ich will gleichwohl versuchen, auch in dieser Richtung meine Meinung hier auszuführen.

Bei der Prüfung der Frage kommen drei Gesichtspunkte in Betracht, nämlich:

1) die Thatsache, daß nach dem Kanitz'schen Antrag die ausländische Getreideeinfuhr verstaatlicht, zum Gegenstand eines Reichsmonopols gemacht werden soll;

2) die weitere Thatsache, daß danach eine künstliche Steigerung der Getreidepreise für das Inland herbeigeführt werden soll;

3) die Thatsache, daß das Reich nach Durchführung des Kanitz'schen Gedankens aus dem ausländischen Getreide wenigstens vorerst höhere Einnahmen erzielt, als die jetzigen Getreidezölle sind.

Was nun den ersten Gesichtspunkt betrifft, so sagt der Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn in Art. 1: „Die vertragschließenden

Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Ländern durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen. — Ausnahmen hiervon dürfen nur stattfinden: a) bei . . . Artikeln, welche in dem Gebiete eines der vertragschließenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden." — In Übereinstimmung damit bestimmt der Art. 5 des Vertrags mit Rußland: „Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Ausfuhr- oder Einfuhrverbote zu hemmen. . . — Ausnahmen sind nur für solche Erzeugnisse zulässig, welche auf dem Gebiete eines der vertragschließenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, sowie auch für gewisse Erzeugnisse, für die aus Rücksichten auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei und die öffentliche Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen außerordentliche Verbotsmaßregeln ergehen könnten.“ — Der Vertrag mit Italien bestimmt sodann in Art. 6: „Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung finden würde“. — Ähnliche Bestimmungen, wie mit Italien enthalten sodann auch die Verträge: mit Belgien in Art. 7, mit der Schweiz in Art. 1 Abs. 3, mit Serbien in Art. 5, mit Rumänien in Art. 5.

Aus diesen Bestimmungen ergibt sich, daß Einfuhrverbote im allgemeinen vertragsmäßig ausgeschlossen sind, und es wird zugegeben werden müssen, daß, wenn der Einkauf und Verkauf ausländischen Getreides dem Antrage des Grafen Kanitz entsprechend zu Gunsten des Reiches verstaatlicht wird, darin in gewissem Sinne ein Einfuhrverbot enthalten sein würde, nämlich insofern, als dann die Einfuhr ausländischen Getreides für jedermann außer der Reichsverwaltung verboten wäre, und weiter verboten wäre, überhaupt mehr Getreide in das Reichsgebiet einzuführen, als die Reichsverwaltung einzuführen für notwendig erachtet. Allein, wie sich aus den angeführten Bestimmungen der Verträge mit Österreich-Ungarn und mit Rußland weiter ergibt, sind ausnahmsweise diesen Staaten gegenüber Einfuhrverbote ausdrücklich zugelassen bezüglich solcher Artikel (Erzeugnisse), welche in Deutschland jetzt oder künftig den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden, und Gegenstand eines Staatsmonopols würde eben nach dem Kanitz'schen Antrag das ausländische Getreide sein, insofern der Einkauf und Verkauf desselben zu Gunsten des Reiches verstaatlicht werden soll. Die übrigen Verträge aber gestatten Einfuhrverbote gleichfalls, falls nur ein solches Verbot auf alle oder doch unter gleichen Voraus-

setzungen auch auf andere Staaten Anwendung findet. Da nun bei Verstaatlichung der Getreideeinfuhr das Einfuhrverbot, insofern ein solches in der Monopolisierung enthalten ist, nicht bloß auf den einen oder andern, sondern auf alle auswärtige Staaten Anwendung findet, so ist dieses in der Verstaatlichung der Einfuhr enthaltene Einfuhrverbot auch den übrigen Vertragsstaaten gegenüber zulässig. Die Zulässigkeit der Verstaatlichung des Einkaufs und Verkaufs ausländischen Getreides an sich ist denn auch, soweit aus den Zeitungen ersichtlich, von dem preussischen Landwirtschaftsminister von Hammerstein in seiner Antrittsrede im preussischen Landtage im Januar 1895 ausdrücklich anerkannt. — Daß die Verstaatlichung des Einkaufs und Verkaufs ausländischen Getreides aus dem Grunde mit den Handelsverträgen unvereinbarlich sein sollte, weil ein solches Monopol sich nur auf das ausländische Getreide, nicht auf Getreide schlechthin, also auf aus- und inländisches, beziehe, scheint in den Handelsverträgen keinen Anhalt zu haben, da dort nirgends eine Bestimmung darüber enthalten ist, welchen Umfang ein nach den Verträgen zulässiges Monopol haben müsse, die Bestimmung dieses Umfanges also dem Staat überlassen ist, welcher das Monopol einführt. Eine solche Verstaatlichung der Getreideeinfuhr, wie sie der Antrag Kanitz will, hat nur die Folge, daß das ausländische Getreide, statt durch Private, durch den Staat eingekauft wird. Dieser Umstand aber muß für das Ausland gleichgültig sein, falls nur der Staat sich bei seinem Einkauf nicht durch andere Rücksichten, sondern wie der Händler ebenfalls lediglich durch die günstigsten Angebote, durch die Güte der Ware und die Höhe des Preises bestimmen läßt, ein Verfahren, das durch den Kanitz'schen Antrag nicht ausgeschlossen ist. — Auch die Einwendung kann nicht als stichhaltig angesehen werden, daß beim Einkauf durch den Staat eben weniger Getreide im Auslande eingekauft würde, als bei freier Einfuhr. Denn wenn es selbst der Fall sein sollte, daß der freie Handel tatsächlich mehr Getreide einführt, als wirklich notwendig wäre, so können doch die Handelsverträge unmöglich auf dem Gedanken beruhen, daß dem Ausland ein Recht darauf eingeräumt werden sollte, zum Ruin der inländischen Produktion mehr ausländisches Getreide nach Deutschland einzuführen, als zur Deckung des inländischen Bedarfs erforderlich ist. Der wirkliche Bedarf aber muß ja notwendig auch nach Verwirklichung des Kanitz'schen Antrags eingeführt werden. — Die angeführten Bestimmungen der Handelsverträge stehen also meines Erachtens dem Kanitz'schen Gedanken nicht entgegen.

Der Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn besagt sodann weiter in Art. 3 Abs. 1: „Die vertragsschließenden Staaten sind

übereingekommen, daß bei der Einfuhr aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen in das Gebiet des anderen Teiles in dem deutschen Zollgebiete von den in Anlage A und im österreichisch-ungarischen Zollgebiete von den in Anlage B bezeichneten Waren keine bzw. keine höheren als die in diesen Anlagen bestimmten Eingangszölle erhoben werden sollen“. Damit übereinstimmende Bestimmungen enthalten die Verträge mit Belgien in Art. 3, mit der Schweiz in Art. 2, mit Serbien in Art. 6 Abs. 1 und 2, mit Rumänien in Art. 7 Abs. 2, mit Rußland in Art. 7. — Zu den deutschen Einfuhrzöllen nun, welche hiernach vertragsmäßig gebunden sind, gehören auch die Zölle für Getreide und Mühlenfabrikate, und es erhebt sich daher die weitere Frage, ob die Verwirklichung des Kanitz'schen Antrags nicht eine Verletzung dieser Vertragsbestimmungen enthalten würde. Diese Frage ist meines Erachtens ebenfalls zu verneinen. Wie sich aus diesen Bestimmungen ergibt, dürfen für einzuführendes Getreide und für Mühlenfabrikate keine höheren Einfuhrzölle im deutschen Zollgebiet erhoben werden, als die in den Anlagen zu den Handelsverträgen festgesetzten. Aber es wäre bei Annahme des Kanitz'schen Antrages auch nicht der Fall, daß höhere Zölle erhoben würden. Wenn die Getreideeinfuhr zu Gunsten des Reichs verstaatlicht würde, kämen die Einfuhrzölle vielmehr ganz in Wegfall; denn das Reich, dem das Recht der Erhebung der Zölle zusteht, zahlt natürlich keine Zölle an sich selbst. — Auch die zuletzt angeführten Bestimmungen der Handelsverträge würden also durch die Annahme des Kanitz'schen Antrags dem Wortlaute nach nicht verletzt.

Nun geht freilich, wie wir oben gesehen, die Tendenz des Kanitz'schen Antrags ebenso wie die Tendenz hoher Schutzzölle dahin, die inländischen Getreidepreise zu heben, und zu diesem Zwecke schlägt der Kanitz'sche Antrag vor, es sollen die Verkaufspreise für das vom Reich eingeführte Getreide festgesetzt werden nach den inländischen Getreidepreisen der Periode 1850 bis 1890, die sich für jeden Doppelzentner um ein paar Mark höher stellen, als die dormaligen inländischen Getreidepreise sind. Es erhebt sich daher die weitere Frage, ob nicht dadurch, daß auf dem Wege des Kanitz'schen Antrags eine künstliche Steigerung der inländischen Getreidepreise bewirkt, also der gleiche inländische Effekt erzielt werden soll, wie durch Erhöhung der Schutzzölle, die eben angeführten Bestimmungen der Handelsverträge, wonach höhere als die vertragsmäßig festgesetzten Zölle nicht erhoben werden dürfen, wenn auch nicht dem Wortlaute, so doch dem Sinne und Geiste der Handelsverträge nach verletzt würden. Ich glaube jedoch auch diese Frage verneinen zu dürfen. Die Handelsverträge verbieten nur die Erhebung höherer als der vertragsmäßigen Zölle

und bauen namentlich dem vor, daß das Reich von der Einfuhr des einen Landes höhere Zölle erhebe, als von der eines andern, weil dadurch die Einfuhr aus dem mit höheren Zöllen belasteten Lande erschwert würde. Bei dem Kaniz'schen Antrage aber steht eine Erhöhung der Zölle und ein Schutz der inländischen Produktion im Wege der Zollpolitik gar nicht in Frage, sondern es handelt sich dabei vielmehr um die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr, also um Schaffung eines Staatsmonopols. Die Einführung eines derartigen Monopols aber ist, wie schon oben dargethan, nach den Verträgen zulässig. Ist aber das Monopol zulässig, so folgt daraus notwendig, daß es dem Monopolisten, also dem Reiche, auch frei stehen muß, zu bestimmen, um welchen Betrag es die Monopolwaren, im vorliegenden Falle also das eingeführte Getreide, wieder abgeben will. Die Preissteigerung wird eben dann nicht bewirkt durch hohe Zölle, sondern durch die Art der Fixierung des Monopolpreises, und daß das verboten wäre, ist aus den Verträgen nicht zu entnehmen.

Es wird auch dadurch, daß durch die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr eine Hebung der inländischen Getreidepreise bewirkt wird, kein auswärtiges Land günstiger oder ungünstiger gestellt als das andere, da die Verstaatlichung allen Ländern gegenüber erfolgt. Die Konkurrenzfähigkeit des gesamten Auslandes wird also dadurch in keiner Weise zu Gunsten oder Ungunsten des einen oder andern Landes verschoben. Die Konkurrenzfähigkeit jedes auswärtigen Landes hängt vielmehr nach wie vor nur von den Momenten ab, die bei ihm selbst dafür von Bedeutung sind. Ob der Einkäufer das Reich ist oder ob es Private sind, kann dem Ausland gleichgültig sein. Möglich ist freilich, daß infolge der Verstaatlichung der Einfuhr und der dadurch bewirkten Hebung der inländischen Getreidepreise eine Verminderung der Einfuhr im Vergleich zu der bisherigen eintritt dadurch, daß infolge der besseren inländischen Getreidepreise demnächst eine vermehrte inländische Produktion stattfindet. Allein die inländische Produktion könnte auch durch andere staatliche Hilfsmittel gesteigert werden, ohne daß dadurch die Handelsverträge verletzt würden; denn es kann unmöglich der Wille der Handelsverträge sein, eine Verbesserung der inländischen Produktion hintanzuhalten.

Es ist dabei interessant und nicht ohne Bedeutung, zu sehen, wie in der hier fraglichen Beziehung Rußland den mit ihm geschlossenen Handelsvertrag auslegt und handhabt. In Rußland hat eine vom Kaiser eingesetzte Kommission, zu welcher mehrere Minister gehörten und welche über Mittel und Wege zur Hebung der Lage der russischen Landwirtschaft zu beratschlagen hatte, dem Kaiser vor kurzem den Vorschlag gemacht, von Reichs wegen zum

Zweck der Behebung der Flaueheit und Ungenügendheit des Absatzes bei den Bauern Getreide aufzukaufen, und zwar nicht bloß behufs der Verpflegung des Heeres, sondern auch behufs späterer Wiederabgabe an die Bevölkerung unter Berücksichtigung der bestehenden Getreidepreise und der sonstigen Umstände. Diese Maßregel ist, wie in den letzten Tagen die Zeitungen gemeldet haben, vom russischen Kaiser unterm 14. Januar 1895 zur Durchführung genehmigt worden. Der Zweck dieser Maßregel ist offenbar der, durch Behebung der Nachfrage nach Getreide den Getreideabsatz und die Getreidepreise zu heben. Es ist aber auch klar, daß, wenn die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr in Deutschland eine Verletzung der Handelsverträge wäre, das Gleiche von dieser russischen Maßregel gesagt werden müßte. Denn wenn für die deutsche Landwirtschaft diese russische Maßnahme auch nur durchaus erwünscht sein kann insofern, als jede Steigerung der ausländischen Getreidepreise den Druck der ausländischen Konkurrenz auf die inländischen Getreidepreise vermindert, so liegt es doch im Sinne der Handelsverträge, denen man agrarische Tendenzen nicht zum Vorwurf machen kann, und ist darin auch ausdrücklich ausgesprochen, daß die Einfuhr aus dem Auslande nicht durch ausländische Ausfuhrverbote oder erhöhte Ausfuhrzölle erschwert werden darf. Wenn man aber die künstliche Hebung der inländischen Getreidepreise im Wege des Kanitz'schen Antrags als einen Verstoß gegen das vertragsmäßige Recht Rußlands auf günstige Getreideausfuhr nach Deutschland ansehen wollte, so müßte man auch die oben erwähnte russische Maßregel als einen Verstoß gegen das vertragsmäßige Recht Deutschlands auf günstige Getreideeinfuhr aus Rußland ansehen. Ich glaube, die eine und die andere Auffassung wäre nicht zutreffend, weil eben durch die Verträge nicht alles verboten ist, was die Ein- und Ausfuhr in und aus den Vertragsstaaten beeinflusst, sondern nur das, was in den Verträgen positiv als unzulässig bezeichnet ist.

Auch insofern, als das Reich durch die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr jedenfalls vorerst eine höhere Einnahme aus dem ausländischen Getreide ziehen würde als die dermaligen Zölle, steht die Verstaatlichung mit den Verträgen nicht im Widerspruch. Der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn bestimmt zwar in Art. 3 Abs. 2: „Wenn einer der vertragschließenden Teile auf einen in der Anlage A bezw. B zu gegenwärtigem Vertrage aufgeführten Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation eine neue innere Steuer oder einen Zuschlag zu der neuen Steuer legen sollte, so kann der gleichartige Gegenstand mit einer gleichen oder entsprechenden Abgabe bei der Einfuhr belegt werden“, und ferner in Art. 9: „Innere Abgaben, welche in dem Gebiete des einen der vertragschließenden Teile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von

Kommunen oder Korporationen, auf der Hervorbringung, Zubereitung oder dem Verbräuche eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen oder künftig ruhen werden, dürfen Erzeugnisse des andern Teiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen als die gleichnamigen Erzeugnisse des eigenen Landes". Ähnliche Bestimmungen enthalten auch die Verträge mit Italien in Art. 10, mit Belgien in Art. 3 Abs. 2 und Art. 4, mit der Schweiz in Art. 8 Abs. 1 und 3 (vergl. auch Abs. 4), mit Rumänien in Art. 12 Abs. 1, mit Rußland in Art. 7 Abs. 2 und Art. 8. Allein diese Bestimmungen stehen meines Erachtens der Verwirklichung des Kanitz'schen Gedankens deshalb nicht entgegen, weil es sich dabei überall nicht darum handelt, daß das ausländische Getreide in Bezug auf inländische Steuern oder Abgaben schlechter behandelt werden soll, als das inländische, sondern vielmehr eben nur um die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr mit dem daraus sich ergebenden Recht der Reichsverwaltung, das von ihr gekaufte ausländische Getreide um bestimmte Monopolpreise wieder im Inland zu verkaufen.

Falls gleichwohl die Reichsregierung zu der Überzeugung käme und kommen müßte, daß der Kanitz'sche Gedanke mit den bestehenden Handelsverträgen unvereinbar wäre, wäre schließlich immer noch die Frage zu erwägen, ob nicht eine Revision der Handelsverträge möglich wäre.

10.

Das Resultat meiner Untersuchung kann ich schließlich in folgende Sätze zusammenfassen:

- a) Die deutsche Landwirtschaft befindet sich dermalen in einer Notlage, die eine rasche und durchgreifende öffentliche Hilfe im Interesse der gesamten Landwirtschaft und damit des gemeinen Wohles als dringend geboten erscheinen läßt.
- b) Als ein Mittel, welches diese Hilfe zu leisten geeignet ist, hat sich bis jetzt nur der Kanitz'sche Vorschlag erwiesen.
- c) Die Anwendung dieses Mittels erscheint praktisch ohne zu große Schwierigkeiten durchführbar, sie erweist sich als materiell und, trotz der bestehenden Handelsverträge, auch formell als zulässig.
- d) Die gesetzgeberische Durchführung des Kanitz'schen Gedankens muß daher unverweilt in Angriff genommen werden, falls sich nicht noch ein anderes Mittel ergiebt, welches mindestens gleichviel wie der Kanitz'sche Antrag zu leisten im stande ist, oder falls nicht die

formelle Unvereinbarkeit der Ausführung der Kanik'schen Idee mit den bestehenden Handelsverträgen noch überzeugend nachgewiesen wird.

e) Falls die formelle Unzulässigkeit der Durchführung des Antrags nachgewiesen und ein anderweites, gleichwertiges Mittel nicht noch gefunden würde, wäre der Versuch einer Revision der Handelsverträge in Betracht zu ziehen.

f) Die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr erscheint unter allen Umständen nur als ein unvermeidlicher Nothbehelf, der nicht weiter angewendet werden darf, als zur Erreichung des gewollten Zwecks unbedingt notwendig ist, und der wieder außer Anwendung zu setzen ist, sobald sein Zweck erreicht erscheint.



G. F. Winter'sche Buchdruckerei.

Heidelberg. Carl Winter's Universitätsbuchhandlung. Januar 1895.

Forschungen auf dem Gebiete der **Agrikultur-Physik.**

(Centralblatt für Bodenphysik, Pflanzenphysik und
Agrar-Meteorologie.)

Herausgegeben

von

Dr. E. Wollny,

Professor an der königlichen technischen Hochschule in München.

Die Forschungen erscheinen in zwanglosen Heften, von denen je fünf einen Band oder Jahrgang von ca. 30 Druckbogen bilden. Erschienen sind bis jetzt 17 Bände.

Preisermäßigung für die neueintretenden Abonnenten:

Bei Abnahme der ersten sechzehn Jahrgänge (1878—1893) zusammen beträgt von jetzt ab bis auf Widerruf der Preis statt **345 M.** nur **200 M.**

Preis des XVII. Bandes 1894 24 M.

Die Ergebnisse naturwissenschaftlicher Forschung in ihrer Anwendung auf die Land- und Forstwirtschaft haben je länger je mehr die Ueberzeugung begründet, daß die physikalischen Eigenschaften des Bodens wie der Atmosphäre das Leben und Gedeihen der Kulturgewächse wesentlich bedingen und deshalb bei allen praktischen Maßnahmen des Pflanzenbaues vorzugsweise Berücksichtigung zu fordern haben. Die Physik des Bodens und der Pflanze sowie der atmosphärischen Vorgänge, welche, soweit sie für das Leben der Kulturpflanzen von Belang ist, zweckmäßig unter der Bezeichnung «**Agrikulturphysik**» begriffen werden kann, wird sonach für die Wissenschaft wie die Praxis des Landbaues ein gleich hohes Interesse in Anspruch nehmen dürfen. Eine Vereinigung aller Arbeiten auf dem Gebiete der Agrikulturphysik in einem *Centralorgan* darf demnach als ein vorhandenes Bedürfnis betrachtet werden, welchem der Herausgeber und der Verleger durch Gründung einer wissenschaftlichen Zeitschrift unter dem obigen Titel zu entsprechen glaubten. Obwohl dieselbe hauptsächlich den Bedürfnissen der Land- und Forstwirtschaft Rechnung trägt, wird sie doch auch für die *Meteorologie*, *Hygiene* und *Pflanzenphysiologie* sich nützlich erweisen und insofern einem allgemeineren Interesse diensam sein können.

Die Einteilung ist derart getroffen, daß in den drei Abschnitten — nämlich: I. Physik des Bodens, II. Physik der Pflanze, III. Agrar-Meteorologie —, in welche der Inhalt jedes Heftes geteilt ist, je eine Originalabhandlung und Referate über die einschlägige Litteratur des In- und Auslandes veröffentlicht werden.

Urteile der Presse.

. . . . Das schwerwiegendste Lob, welches man einer wissenschaftlichen Zeitschrift zuerkennen kann, ist ohne Zweifel das, daß sie einen fördernden Einfluß auf die Entwicklung des von ihr vertretenen Wissensgebietes ausübt, und diese Anerkennung können wir angesichts der zahlreichen wertvollen Originalarbeiten, welche sie gebracht und zum großen Teil selbst veranlaßt, dieser Zeitschrift nicht vorenthalten. Aber sie hat sich während der Zeit ihres Bestehens auch im hohen Grade befähigt gezeigt, durch vortreffliche Referate über die einschlägigen Produkte der deutschen und ausländischen Litteratur die Fachgenossen und den wissenschaftlich geschulten Praktiker . . . auf dem Laufenden zu erhalten.

Biedermann's Centralblatt für Agrikulturchemie.

Vor uns liegen die drei Hefte des elften Bandes dieser Zeitschrift, welche seit ihrem Bestehen eine große Anzahl sehr wertvoller Arbeiten publiziert hat und auch der einschlägigen Litteratur volle Berücksichtigung angedeihen läßt. Dieselbe ist deshalb nicht nur den auf diesem Gebiete wissenschaftlich thätigen Männern unentbehrlich, sondern es wird auch der wissenschaftlich gebildete ausübende Landwirt darin vieles für ihn Nützliche und Brauchbare finden.

Wiener landwirtschaftliche Zeitung.

Auf die Vielseitigkeit und Reichhaltigkeit dieses trefflichen Sammelwerkes ist schon oft hingewiesen worden. Wollny's „Forschungen“ bilden die einzige Gelegenheit für den Forscher sowohl, wie für den Praktiker, um über die Fortschritte, welche die Wissenschaft auf dem wichtigen Gebiete der Agrikulturphysik zeitigt, auf dem Laufenden erhalten zu werden.

Deutsche landwirtschaftliche Presse.

. . . . So sehen wir, ist die Agrikulturphysik ein Wissensgebiet, das der höchsten Beachtung wert. Freilich bietet die Zeitschrift keine Rezepte, aber sie bietet in ihren Originalartikeln und in den zahlreichen korrekten Auszügen aus anderweitig erschienenen einschlagenden Arbeiten die solide wissenschaftliche Basis für den Landwirt, sich seine Rezepte je nach den verschiedenen Bedürfnissen selbst zu formulieren. Diese „Forschungen“ sind daher ein neuer, notwendiger und willkommener Hebel zur Unterstützung des Strebens unserer Zeit, der Landwirtschaft zu einem rationellen Betriebe zu verhelfen.

Ganz besonders scheint es angezeigt, daß die Vereine auf die „Forschungen“ abonnieren, um sie ihren Bibliotheken einzuverleiben oder durch Referate aus denselben den Mitgliedern die dort niedergelegten Lehren und Ratschläge für die Praxis zu erschließen.

Fühling's landwirtschaftliche Zeitung.

Die von Professor Wollny in München von Anfang an mit Meisterhand redigierten „Forschungen auf dem Gebiete der Agrikulturphysik“ sind gegenwärtig wohl für jeden, welcher sich mit wissenschaftlich-landwirtschaftlichen Studien beschäftigt, zum unentbehrlichen Hilfs- und Nachschlagebuch geworden.

Allgemeine Weinzeitung.

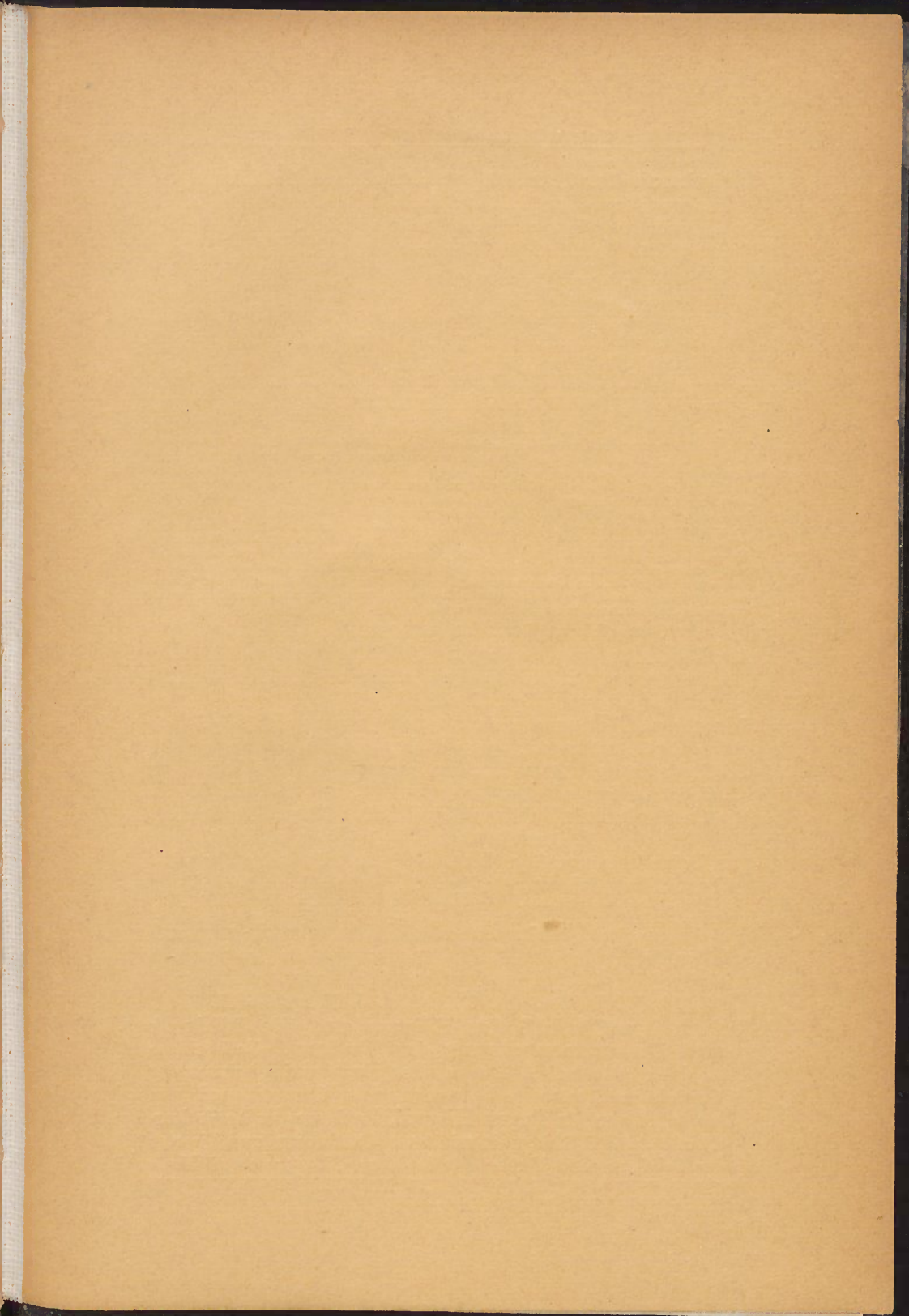
. . . . Wir sind sicher, daß ein jeder nur einigermaßen vorgebildete praktische Landwirt speziell von diesen Untersuchungen nur zum größten Vorteile Kenntnis nehmen und vielfache Belehrung für den praktischen Betrieb darin finden wird.

Neue Zeitschrift für Rübenzucker-Industrie.

Auch der vorliegende Band giebt uns in gleicher Weise wie die früheren in Form kurzer Referate treffliche Auskunft über die neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Agrikulturphysik. Derselbe sei allen denen, welchen es um eine gründliche Kenntnis der wissenschaftlichen Grundlagen der forstlichen Produktion zu thun ist, bestens empfohlen.

Österreichische Forst-Zeitung.

C. F. WINTER'SCHE BUCHDRUCKEREI.



Soeben erschienen:

Lehrbuch der Agrikulturchemie von Dr. Ad. Mayer, Professor und Vorstand der Holl. Reichsversuchsstation in Wageningen. *Vierte verbesserte Auflage.* I. Teil. Die Ernährung der grünen Gewächse in fünfundzwanzig Vorlesungen. Zum Gebrauch an Universitäten und höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten, sowie zum Selbststudium. Lex.-8°. Mit in den Text gedruckten Abbildungen und einer lithographierten Tafel. Preis brosch. 10 M., in eleg. Halbfranz-Bd. 12 M.

Darauf folgt:

— — II. Teil. I. Abt. Die Bodenkunde in 10 Vorlesungen. Preis brosch. 4 M. — II. Abt. Die Düngerlehre in 12 Vorlesungen.

— III. Abt. Die Gärungschemie.

„Wir wünschen diesem «Lehrbuch» eine allgemeine Verbreitung, denn es bietet mehr als eine einfache Sammlung von Resultaten der wissenschaftlichen Forschung.“ (Landw. Wochenbl. f. Bad.) Besonders sind es die neuesten Resultate der gesamten Naturwissenschaft, welche mit überraschendem Erfolge verwertet worden sind. (Ill. l. Ztg.) Jede Besprechung einer Frage giebt die dahin gehörigen Experimente und Forschungen an, die Versuche, welche Beweismittel sind, und so steigt ja natürlich der wissenschaftliche Wert weit über die gewöhnlichen gedruckten Vorlesungen. (Lit. Ztg.) Wir können das Buch auch den praktischen Landwirten auf das Wärmste empfehlen. (Schw. l. Zttf.) ... verdient auch seitens der Forstwirte die größte Beachtung. (Centralbl. f. Forstw.) Und wenn ein Buch populär genannt werden darf, welches es versteht, auch den Leser, der sich bis dahin nicht mit dem speziellen Gegenstande beschäftigt hat, auf dem geradesten Weg zur vollen Kenntnis desselben zu führen, und ihm die Ausnutzung der rein wissenschaftlichen Ergebnisse möglichst erleichtert, so ist das vorliegende Lehrbuch im besten Sinne des Wortes populär. (Lit. Centralbl.)

Von dem gleichen Verfasser erschienen:

Die Kunstbutter, ihre Fabrikation, ihr Gebrauchswert, nebst Mitteln, ihren Vertrieb in seine Grenzen zurückzuweisen. Mit 7 Holzschnitten. 8°. Brosch. 1 M. 20 Pf.

Düngung und Fütterung in chromographischer Darstellung. 7 Tafeln und Text. 2. Ausgabe. gr. 8°. brosch. 1 M. 60 Pf.

Das Düngerkapital und der Raubbau. Eine wirtschaftliche Betrachtung auf naturwissenschaftlicher Grundlage. 8°. brosch. 1 M. 20 Pf.

Die Quellen der wirtschaftlichen Arbeit in der Natur. Ein Vortrag. 2. Ausgabe. 8°. brosch. 60 Pf.

Zur Begründung von Schutzzöllen, in Sonderheit für die Landwirtschaft. Neue Gesichtspunkte. gr. 8°. brosch. 1 M. 20 Pf.

Ferner sind erschienen:

Die Kultur der Getreidearten mit Rücksicht auf Erfahrung und Wissenschaft. Von Dr. E. Wollny, Professor der Landwirtschaft an der königl. technischen Hochschule in München. 2. Ausgabe. Mit 19 Holzschnitten. gr. 8°. brosch. 5 M., geb. 6 M.

Ueber den Einfluß des Klimas auf die Bildung und Zusammensetzung des Bodens. Nach einem an das meteorologische Bureau des Ackerbauministeriums der Vereinigten Staaten gerichteten Bericht übersetzt und neu bearbeitet von Dr. Eugen Hilgard, Professor der Agrikulturchemie an der Staatsuniversität von Californien und Director der Californischen Versuchsstation. gr. 8°. brosch. 2 M.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

60

Schubert: 8ten Auftrag Handp.



206\$07967667